

Wahlprogramm
zur Bürgerschaftswahl 2015
der Freien Demokratischen Partei
Landesverband Hamburg

„Hamburg gibt die Richtung vor.“

(Beschlossen vom Landesparteitag
am 8. November 2014 und vom
Landesvorstand am 1. Dezember 2014)

Quelle/Zitierweise:

<http://www.fdphamburg.de/wp-content/uploads/Wahlprogramm-FDP-Hamburg-2015.pdf>; 19.02.2015

Archiviert als PDF-Dokument; Signatur IN5-496

Das FDP Hamburg
Wahlprogramm 2015

Hamburg
gibt die
Richtung vor.

FDP

Hamburg



Impressum


Herausgeberin:

Freie Demokratische Partei (FDP)
Landesverband Hamburg
Feldbrunnenstraße 8
20148 Hamburg

Telefon: +49 40 30 99 88 0

Email: info@fdp-hh.de

www.fdp-hh.de

 facebook.com/fdphh & facebook.com/suding
 twitter.com/fdphh

Status: Beschluss des Landesparteitags vom 08. November 2014 sowie des Landesvorstands vom 01. Dezember 2014

Inhaltsverzeichnis Wahlprogramm FDP Hamburg 2015

Impressum	2
Für ein besseres Hamburg.....	5
1. Die Beste Bildung für ein besseres Hamburg	7
1.1 Freiheit und Transparenz für die selbstverantwortete Schule.....	7
1.2 Weiterführende Schulen: Zwei-Säulen-Modell aus Gymnasium und Stadtteilschule fortentwickeln.....	8
1.3 Solide Grundschulen mit Noten und guter Rechtschreiblehre	8
1.4 Vollwertige Ganztagschulen ohne Verwahrungscharakter.....	9
1.5 Schule nach dem Prinzip "Fordern und fördern"	9
1.6 Lehrerausbildung verbessern	10
1.7 Schulschwimmen erfolgreich machen.....	10
1.8 Hamburg besser machen - als Zentrum von Wissenschaft und Forschung.....	11
2. Freiheitliche Familienpolitik für ein besseres Hamburg	12
2.1 Kindertagesbetreuung und frühkindliche Bildung mit Qualität.....	12
2.2 Familien stärken.....	13
2.3 Jugendhilfe besser ausstatten.....	14
3. Kultur gibt den Menschen Kraft	15
4. Starke Wirtschaft – für ein dynamisches Hamburg	17
4.1 Hamburg soll Gründerhauptstadt werden.....	17
4.2 Den Hamburger Hafen fit für den Wettbewerb machen.....	19
4.3 Hamburgs Hafen für das 21. Jahrhundert ertüchtigen	19
4.4 Hamburg Port Authority neu denken.....	22
4.5 Klare Ordnungspolitik und wirtschaftlicher Erfolg für Hamburg	23
4.6 Starke Entwicklung von Handwerk, freien Berufen und Mittelstand	23
4.7 Hamburg, die wachsende Tourismusmetropole	25
4.8 Hamburgs Landwirtschaft stärken.....	26
5. Arbeitsmarkt stärken	27
6. Vorausschauende Energiepolitik für eine sichere Versorgung von Hamburg	28
7. Innovative Medienpolitik für den Zukunftsstandort Hamburg.....	30
8. Seriöse Finanzpolitik für ausgeglichene Haushalte – für ein besseres Hamburg.....	32
8.1 Transparente Haushaltspolitik für Hamburg	33
8.2 Steuerpolitik muss dem Standort Hamburg nutzen	34
8.3 Nur ein schlanker Staat ist ein starker Staat – mit Subsidiarität, Deregulierung und Bürokratieabbau.....	35
8.4 Personalausgaben senken – Beamtenpensionen reformieren.....	36
8.5 Hamburgs Interessen in der Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehungen durchsetzen .	37
9. Hamburg entwickeln, mit funktionierender Verkehrs- und kluger Umweltpolitik.....	38
9.1 Stadt- und Quartiersentwicklung voranbringen	38
9.2 Wohnraumversorgung sichern.....	41
9.3 Verkehr muss für ein besseres Hamburg fließen können.....	42
9.4 Verkehrsmanagement modernisieren.....	42
9.5 Verkehrssicherheit verbessern.....	45

10. Gesunde Umwelt – Lebensgrundlage für ein besseres Hamburg	45
10.1 Die FDP fordert, das Schutzgut Wasser ernst zu nehmen	46
10.2 Umweltschutz als Chance begreifen	47
11. Aktivierende Sozialpolitik für ein besseres Hamburg	48
11.1 Ehrenamtliches Engagement besser fördern.....	48
11.2 Menschen mit Behinderung in den Mittelpunkt stellen	49
11.3 Öffentliche Unterbringung: Wohnungslosen und Flüchtlingen helfen	49
11.4 Senioren gehören in die Mitte der Gesellschaft	50
11.5 Integration in der weltoffenen Metropole.....	50
12. Sportentwicklung für ein besseres Hamburg	51
12.1 Vorausschauende Sportentwicklung mit allen Akteuren	51
12.2 Breitensport - Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts	51
12.3 Leistungssport - Hamburg als Metropole des Sports	52
12.4 Olympische Spiele - Hamburg als Gastgeber für die ganze Welt.....	53
12.5 Sport und Stadtentwicklung - wohnortnahe Bewegungsmöglichkeiten sicherstellen.....	53
12.6 Gesundheit der Hamburger für ein besseres Hamburg befördern.....	54
13. Freiheits- und Bürgerrechte im liberalen Hamburg.....	56
13.1 Datenschutz durchsetzen.....	56
13.2 Aktive Justizpolitik für den starken Rechtsstaat	57
13.3 Breite Bürgerbeteiligung und starke Bezirke	58
13.4 Die Menschen vor Ort entscheiden.....	58
13.5 Die Menschen vor Ort gestalten.....	59
14. Freiheit schützen mit mehr innerer Sicherheit.....	60
15. Ein besseres Hamburg in Europa und der Welt.....	61

Bürgerschaftswahlprogramm 2015

Für ein besseres Hamburg

Liebe Hamburgerinnen und Hamburger,
im Februar 2015 sind Sie dazu aufgerufen, eine neue Hamburgische Bürgerschaft für fünf Jahre zu wählen. Es geht bei dieser Wahl um wichtige, zentrale Weichenstellungen für das nächste Jahrzehnt, um Entscheidungen, die das Schicksal unserer Stadt und ihrer Bürger maßgeblich beeinflussen werden. Es geht um unser Hamburg. Es geht um ein liberales Hamburg, um ein besseres Hamburg.

Ein Hamburg, das allen Bürgern Chancen bietet. Dafür ist es notwendig, Voraussetzungen zu schaffen und Rahmenbedingungen in unserer Stadt zukunftsweisend und verantwortungsvoll weiterzuentwickeln und nicht nur nach SPD-Manier selbstgefällig zu verwalten. Dafür stehen wir aus sozialer Verantwortung gegenüber allen Bürgern. Nur wir stehen für unteilbaren Liberalismus, unveräußerliche Bürgerrechte, die Forderung nach bester Bildung, wirtschaftlicher Vernunft und soliden Finanzen. Damit Hamburg auch morgen noch Ihre Perle ist.

Für ein besseres Hamburg sollen die Bürger ihre Chancen bestmöglich nutzen können, damit Potenziale entstehen. Wir stehen für Vielfalt, für die selbstverantwortete Schule und für Chancen- und Leistungsgerechtigkeit. Es geht um Inhalte und Qualität, neue Strukturreformen führen nicht zum Ziel. Stadtteilschule und Gymnasium wollen wir als eigenständige Schulformen stärken, weil Bildung das zentrale Zukunftsthema in unserer Stadt ist.

Ein besseres Hamburg stützt sich auf selbstbewusste Selbstständige, Unternehmerinnen und Unternehmer. Ihnen wollen wir mit besten Rahmenbedingungen unternehmerisches Handeln ermöglichen. Überregulierung und Einmischung, Staatseingriffe in funktionierende Märkte – das brauchen sie nicht. Der Hafen ist aus unserer Sicht das wirtschaftliche Herz der Stadt. Als Eigentümerin hat die Stadt hier eine ganz besondere Verantwortung. Darüber hinaus wollen wir Hamburgs große Chancen in innovativen und kreativen Branchen wie Medien und IT, Luftfahrt, Medizin und Medizintechnik nutzen und den gewaltigen Wandel, den die Digitalisierung mit sich bringt, aktiv gestalten. Hamburg soll zur Gründerhochburg sowie zum Magneten für Neuansiedlungen und ihre Mitarbeiter werden.

Ein besseres Hamburg ist auf eine ausgewogene und leistungsfähige Infrastruktur aus Straßen, Rad- und Fußgängerwegen, öffentlichem Nahverkehr sowie auf Schienen und Wasserstraßen angewiesen. Eine Infrastruktur soll Mobilität für alle und wirtschaftliches Handeln unterstützen und nicht behindern. Staus wollen wir durch ein aktives Verkehrsmanagement verringern. Wir setzen uns für den Neu- und Ausbau von U- und S-Bahnen ein und lehnen eine Stadtbahn, die nicht in unseren beengten Straßenraum passt, ab.

Für uns ist eine Politik der Verantwortung und Gerechtigkeit für nachfolgende Generationen unumstößlich. Ein besseres Hamburg muss mit dem Geld auskommen, das es einnimmt. Wir wollen unseren Kindern und Enkelkindern keine weiteren Schuldenberge auftürmen, die ihnen den Spielraum für ihre politische Handlungsfähigkeit nehmen. Wir haben gezeigt, dass Hamburg bereits 2015 ohne Neuverschuldung auskommen kann und trotzdem Schwerpunkte auf Investitionen in die Zukunft, zum Beispiel in Wissenschaft, Bildung und Infrastruktur gelegt werden können.

In einem besseren Hamburg sind Kunst und Kultur für die Würde und Individualität der Menschen von besonderer Bedeutung. Sie entscheiden wesentlich über den Fortschritt der Gesellschaft. Wir wollen dazu beitragen, dass Kunst und Kultur ihre zentrale Rolle für die Zukunft unserer Gesellschaft und für alle Bürger wirkungsvoll wahrnehmen können. Für uns in Hamburg heißt das, einen Interessenausgleich zwischen den verschiedenen Institutionen und Kulturschaffenden zu erreichen.

Für ein besseres Hamburg sind wir gefordert, Menschen in schwierigen Lebensphasen zu unterstützen und ihnen zu helfen, schnell wieder auf eigenen Beinen zu stehen. Wir wollen sie nicht zu dauerhaften Hilfeempfängern machen, sondern ihnen ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen. Darauf ist die unsere Sozialpolitik ausgerichtet.

Die Menschen in einem besseren Hamburg brauchen starke Bürgerrechte für ein selbstbestimmtes Leben. Dazu gehört ein substanzieller Schutz der Privatsphäre. Wir kämpfen gegen Überwachung und Bevormundung, sei es durch den Staat oder durch private Unternehmen. Der Stellenwert von Bürgerrechten zeigt sich auch gerade im Umgang mit den Schwächsten: den vielen Flüchtlingen, die aus Not und Verzweiflung aus ihren Heimatländern zu uns kommen.

Sie sind eingeladen, unsere Ideen, Vorschläge und Forderungen mit uns zu diskutieren. Und wir bitten Sie um Ihre Stimmen für uns bei der Bürgerschaftswahl am 15. Februar 2015 – für ein besseres Hamburg. Sie als Wählerinnen und Wähler entscheiden, ob in unserer liberalen, weltoffenen Stadt Hamburg weiterhin eine starke liberale Stimme, eine Stimme der Freiheit und Verantwortung die Politik mitgestaltet und mitbestimmt.

Katja Suding

Spitzenkandidatin zur Bürgerschaftswahl
Landesvorsitzende der FDP Hamburg

1. Die Beste Bildung für ein besseres Hamburg

Liberaler Bildungspolitik steht für ein leistungsorientiertes und differenziertes Schulsystem, das den Schüler in den Mittelpunkt stellt. Unser Ziel ist es, jedes Kind und jeden Jugendlichen zur individuell bestmöglichen Bildung zu führen. Die Leitlinien liberaler Bildungspolitik sind Freiheit, Selbstverantwortung, Qualität und Leistung.

1.1 Freiheit und Transparenz für die selbstverantwortete Schule

Das Leitbild liberaler Schulpolitik ist die selbstverantwortete Schule mit einem starken Schulprofil, weitgehender Budgethoheit, Freiheiten bei pädagogischen Konzepten und Personalauswahl sowie externer Ergebniskontrolle. Dabei unterscheiden wir nicht zwischen staatlichen Schulen und Schulen in freier Trägerschaft - für sie müssen dieselben Voraussetzungen gelten. Grundsätzlich gilt, dass Schulen so viel wie möglich selbst entscheiden und steuern sollen. Innerhalb vorgegebener Rahmenbedingungen müssen sie Qualität und Leistung sicherstellen.

Aufgabe von Schule ist es, Kindern grundlegende Fähigkeiten beizubringen, sie umfassend und breit zu bilden und sie je nach Abschluss auf ein Studium oder eine Berufsausbildung vorzubereiten.

Pädagogische Fachkräfte müssen sich auf ihre Kernaufgabe konzentrieren können, nämlich guten Unterricht zu machen. Deshalb sollen an allen Schulen Schulpsychologen, Sozialpädagogen, Beratungslehrer und Verwaltungsfachkräfte eingesetzt werden, die die Lehrkräfte entlasten.

Externe Ergebniskontrolle sichert die Qualität von Schule. Eltern haben zudem ein legitimes Recht, sich über die Qualität einer Schule informieren zu können. Wir fordern deshalb mehr Transparenz durch eine breitere und ausführlichere Veröffentlichung der Ergebnisberichte der Schulinspektion. Sie sollen um wichtige Eckdaten erweitert werden. Dazu gehören die Anzahl der Kinder mit Gymnasialempfehlung, die Quote der Teilnehmer an schulischen Nachhilfeprogrammen, die durchschnittlichen Abschlussnoten sowie die Ergebnisse zentraler Lernstanderhebungen.

Die Schulen erhalten damit den Ansporn, sich zu verbessern. Gleichzeitig ermöglicht Transparenz einen sinnvollen und funktionierenden Qualitätswettbewerb zwischen Schulen.

Freiheit in der Schulpolitik bedeutet Wahlfreiheit für Eltern und ihre Kinder und damit auch Flexibilität im Schulsystem. Dazu gehört die Freiheit, sich zwischen dem Besuch von Halbtags- und Ganztagschulen, zwischen verschiedenen Schulstandorten und Schulformen sowie zwischen Förderschulen und allgemeinbildenden Schulen für Kinder mit einer Behinderung entscheiden zu können. Zentral ist die Durchlässigkeit zwischen Stadtteilschule und Gymnasium, weil eine einmal getroffene Entscheidung nicht auf ewig zementiert sein darf. Vielmehr muss Flexibilität zwischen den verschiedenen Schulformen zu jedem Zeitpunkt des Schulbildungsweges möglich sein, denn Kinder entwickeln sich unterschiedlich.

1.2 Weiterführende Schulen: Zwei-Säulen-Modell aus Gymnasium und Stadtteilschule fortentwickeln

Wir stehen zum „Zwei-Säulen-Modell“, bestehend aus Stadtteilschulen und Gymnasien mit gleichwertigen Abschlüssen und ist für die Beibehaltung des G8 an Gymnasien. Wer gerne ein weiteres Jahr auf dem Weg zum Abitur möchte, hat die Möglichkeit, eine Stadtteilschule zu besuchen. Nach den Reformen der vergangenen Jahre brauchen die Schulen dringend Ruhe, Verlässlichkeit und ausreichend Zeit, um Schulentwicklung voranzutreiben. Weitere Schulstrukturen lehnen wir daher ab.

Die Stadtteilschule ist eine der beiden Säulen im Hamburger Schulsystem. Diese noch junge Schulform steht vor großen Herausforderungen. Sie muss sich nicht nur als neue Schulform beweisen, sondern auch die Umsetzung der Inklusion, den Ausbau der Ganztagsangebote und die Verbesserung der Berufsorientierung schultern. Sie muss deshalb dringend gestärkt werden, damit sie zu einer starken Säule des Hamburger Schulsystems wird.

An den Stadtteilschulen müssen daher leistungsdifferenzierte Kurse und abschlussbezogene Klassen umgesetzt werden. Klassen mit Inklusionsschülern müssen grundsätzlich doppelt mit Lehrpersonal besetzt sein. Die Ressourcenzuweisung soll Kind bezogen erfolgen.

Die Notengebung muss auch in sehr heterogenen Lerngruppen einfach und verständlich sein.

Primäres Ziel ist die Ausbildungsreife für das duale Berufsausbildungssystem. Dazu gehört ab der 7. Klasse eine enge Kooperation zwischen Wirtschaft und Stadtteilschulen und eine stärkere Berufsorientierung.

Das Gymnasium hat einen eigenen Bildungsauftrag. Ziel der gymnasialen Oberstufe ist die Hochschulreife. Um dieses Ziel zu erreichen darf das Niveau des Hamburger Abiturs nicht weiter abgesenkt werden. Vielmehr müssen die Gymnasien ihre Schüler umfassend auf die Anforderungen des länderübergreifenden Zentralabiturs vorbereiten. Dies macht eine Überarbeitung der Bildungspläne notwendig. Inhalte, Wissen und Kompetenzen gehen Hand in Hand. Kompetenzorientierung darf jedoch nicht zu Lasten von konkreten Lerninhalten gehen.

Die Umsetzung des G8 muss schülerfreundlicher gestaltet werden. Absprachen zwischen Lehrern über die Verteilung von Hausaufgaben und Klausuren sind notwendig, um Belastungsspitzen auf der einen Seite und Leerlauf auf der anderen Seite zu vermeiden.

Die Berufs- und Studienorientierung muss auch am Gymnasium verbessert werden.

1.3 Solide Grundschulen mit Noten und guter Rechtschreiblehre

In der Grundschule wird der Grundstein für den weiteren Bildungsweg gelegt. Damit alle Schüler diesen Weg erfolgreich fortsetzen können, muss sichergestellt sein, dass sie die notwendigen Grundfertigkeiten erlernen. Dazu gehören in der Grundschule auch die Vermittlung einer soliden Rechtschreibung und das Erlernen der Schreibschrift.

Ab Klasse 3 soll es eine verbindliche Notengebung geben, damit Schüler und Eltern eine klare Leistungseinschätzung erhalten. Für eine detailliertere Rückmeldung über Noten hinaus soll das zweite Lernentwicklungsgespräch wieder eingeführt werden. Die Beratung der Eltern beim Übergang von der Grundschule in die weiterführende Schule muss verbessert werden. Das Elternwahlrecht darf nicht eingeschränkt werden.

1.4 Vollwertige Ganztagschulen ohne Verwahrungscharakter

Ganztagschulen bieten Schülern vielfältige Bildungsmöglichkeiten über den Unterricht hinaus und tragen für die Eltern zu einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei. Die Lebensrealität von Familien ist in einer Großstadt wie Hamburg unterschiedlich. Deshalb braucht es Wahlfreiheit zwischen Halbtagschulen und Ganztagsangeboten. Diese Flexibilität wurde auf unsere Initiative hin im Schulgesetz verankert. Unter dieser Prämisse sollen Ganztagschulen als freiwillige Angebote ausgebaut werden.

Die bestehenden Angebote müssen weiter verbessert werden. Wichtig ist dabei insbesondere die bessere Einbindung des Sozialraums. Damit Kinder am Nachmittag vielfältige Kursangebote wahrnehmen können, sollen Kooperationen mit Sportvereinen, Kirchen, Religionsgemeinschaften, Bürgervereinen und –initiativen sowie mit weiteren Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit geschlossen werden. Um die Verzahnung von Schule und Nachmittagsangebot zu verbessern, soll ein Vertreter der Kooperationspartner als stimmberechtigtes Mitglied an den Schulkonferenzen teilnehmen.

1.5 Schule nach dem Prinzip “Fordern und fördern”

Für alle Schulformen gilt, dass das schulische Nachhilfeprogramm „Fördern statt Wiederholen“ weiter verbessert wird. Nachhilfe soll von pädagogischen Fachkräften statt älteren Schülern oder Eltern durchgeführt werden. Dabei muss die Absprache zwischen Fach- und Nachhilfelehrern dringend verbessert werden.

Aber nicht alle Lerndefizite lassen sich durch Nachhilfe aufholen. Deshalb muss die Möglichkeit zur Klassenwiederholung unbürokratisch wieder zugelassen werden.

Wir fordern darüber hinaus die Gleichbehandlung von staatlichen und privaten Schulen bei der finanziellen Förderung von Auslandsjahren.

Das Schulgesetz enthält die Verpflichtung, alle Schüler, also lernschwache ebenso wie besonders begabte oder hochbegabte Kinder, zu fördern. In Hamburg ist eine umfassende und institutionalisierte Begabtenförderung jedoch noch in weiter Ferne. Es darf nicht vom Zufall abhängig sein, ob ein hochbegabtes Kind als solches erkannt und auch entsprechend gefördert wird, sondern muss der Regelfall sein. In der Lehreraus- und Fortbildung muss der Themenkomplex “Hochbegabung” verpflichtend Berücksichtigung finden.

Das auf unsere Initiative hin durchgesetzte Konzept zur Begabtenförderung muss zügig umgesetzt werden. Wir wollen damit zunächst an einzelnen Schwerpunktschulen starten.

Wir unterstützen die Möglichkeit des Frühstudiums für Schüler, die neben der Schule eine zusätzliche Herausforderung suchen. Das Frühstudium ist eine hervorragende Möglichkeit der individuellen Förderung besonders lernstarker Schüler.

Kinder mit Behinderung haben laut UN-Behindertenrechtskonvention das Recht, eine allgemeinbildende Schule zu besuchen. Dieses Recht gilt es angemessen und zum Nutzen der Kinder umzusetzen, ohne dass aus dem Recht zur Inklusion mangels Alternative eine Pflicht wird. Die Förderschulen müssen erhalten bleiben und gut ausgestattet werden, damit sie auch in Zukunft eine echte Alternative darstellen. Zentral ist, dass für jedes Kind mit besonderem Förderbedarf eine Einzelfalldiagnostik erstellt wird.

Flüchtlingskinder brauchen Rahmenbedingungen, die die Teilnahme am Regelunterricht nach dem Hamburger Bildungsplan ermöglichen.

Wichtigste Voraussetzung ist das Erlernen der deutschen Sprache. Hierfür bedarf es speziell ausgebildeter Pädagogen mit dem Fach Deutsch als Fremdsprache.

1.6 Lehrerausbildung verbessern

Die Qualität des Unterrichts hängt vom Lehrer ab. Das Lehramtsstudium muss deshalb von Anfang an praxisnäher gestaltet werden. Schon im Bachelorstudium sollen daher verpflichtende Praktika im ersten Studienjahr integriert werden. Zusätzlich soll es verpflichtende Betriebspraktika im Rahmen des Programms "Lehrer im Betrieb" geben.

Mit der Einführung von freiwilligen Eignungstests sollen Bewerber für ein Lehramtsstudium schon frühzeitig reflektieren können, ob der von ihnen angestrebte Beruf zu ihnen passt.

Die Weiterbildung der Lehrer muss verbessert und an die tatsächlichen Fortbildungsbedürfnisse angepasst werden. Lehrer, die in ihrem Studium keine spezifische Ausbildung für die Bewältigung neuer Herausforderungen, wie zum Beispiel der Inklusion, erhalten haben, müssen die Möglichkeit erhalten, entsprechende Fortbildungsschwerpunkte auszuwählen.

1.7 Schulschwimmen erfolgreich machen

Jeder zweite Schüler kann nach dem Ende der Grundschulzeit nicht sicher schwimmen. Wir fordern im Interesse der Sicherheit unserer Kinder eine Verbesserung des Schulschwimmens. Wir fordern eine Evaluation des neuen Schulschwimmkonzeptes, welches auf unsere Initiative hin vorgelegt wurde, damit im Bedarfsfall nachgesteuert werden kann.

Auch das Schulschwimmen an den Regionalen Bildungs- und Beratungszentren (ReBBZ) muss auf den Prüfstand gestellt werden. Denn 70 Prozent der Grundschüler an einem ReBBZ können am Ende der vierten Klasse nicht sicher schwimmen.

1.8 Hamburg besser machen - als Zentrum von Wissenschaft und Forschung

Hamburg soll Wissenschaftsmetropole werden. Hierzu sollen Wissenschaft, Politik, Gesellschaft und Wirtschaft ein gemeinsames Konzept erarbeiten, das die Zukunft des Wissenschaftsstandorts nachhaltig sichert und ausbaut.

Hamburg wird im internationalen Wettbewerb nur bestehen können, wenn seine Hochschulen und Forschungseinrichtungen zu nationaler und internationaler Anerkennung gebracht werden. Dazu ist eine grundsätzliche Umkehr der bisherigen Politik nötig. Statt zunehmender staatlicher Gängelung und finanzieller Auszehrung fordern wir eine auskömmliche Finanzierung und mehr Autonomie für die Hochschulen.

Dafür soll das Hamburger Hochschulgesetz nach dem Vorbild des Hochschulfreiheitsgesetzes in Nordrhein-Westfalen reformiert werden. Der Einfluss der Behörde wird auf die Rechtsaufsicht reduziert und die Hochschulen erhalten uneingeschränkte Personalhoheit und weitgehende Rechte beim Immobilienmanagement. Die Hochschulen sollen selbst entscheiden können, ob sie Studiengebühren erheben. Diese müssen jedoch in jedem Fall nachgelagert sein.

Die Grundfinanzierung der staatlichen Hochschulen muss jährlich an systembedingte Kostensteigerungen angepasst werden. Sofern den Hochschulen zusätzliche Aufgaben auferlegt werden, sind die dadurch entstehenden Kosten zu erstatten. Zur Finanzierung wird das Geld verwendet, das Hamburg durch die vollständige Kostenübernahme des Bundes für das BAföG spart.

Wir fordern die Gleichbehandlung von staatlichen und privaten Hochschulen durch gleiche Zugangsmöglichkeiten zu allen Förderprojekten und Einbeziehung in die Zuweisungen aus dem Hochschulpakt.

Die Forschungsfreiheit muss in allen Bereichen gewährleistet werden, Zivilklauseln oder Einschränkungen in einzelnen Forschungsbereichen wie der Gen- oder Stammzellenforschung sind aus liberaler Sicht nicht akzeptabel.

Eine wichtige Aufgabe der kommenden Jahre ist die Sanierung und Modernisierung der Universität Hamburg.

Wir wollen eine Fusion der Hafencity-Universität und der Technischen Universität Hamburg-Harburg ermöglichen. Auf diese Weise wird Doppelarbeit in Verwaltung und Lehre vermieden sowie die Wettbewerbsfähigkeit verbessert.

Zur Finanzierung von Ausbildung und Studium muss in Hamburg ein Stipendien- und Bildungsgutscheinsystem etabliert werden.

Die Zusammenarbeit mit ausländischen Hochschulen bezüglich der gegenseitigen Anerkennung von Studienleistungen und des Ausbaus von Kooperationsstudiengängen soll ausgeweitet werden. In diesem Zusammenhang wollen wir den Ausbau fremdsprachiger Studiengänge vorantreiben. Auch im Inland streben wir eine stärkere Kooperation der einzelnen Hochschulen an. Auf diese Weise werden Schwerpunktbildungen und Profilbildung erleichtert.

Der Austausch zwischen Hochschulen und der Wirtschaft muss ebenso intensiviert werden. Dazu zählen Technologieparks, mehr Gastdozenten aus der Wirtschaft an den Hochschulen und mehr Drittmittelforschung.

Die Transparenz in Forschung und Lehre soll gestärkt werden, zum Beispiel durch regelmäßige Monitorings und Evaluationen. Allerdings müssen Betriebsgeheimnisse von Drittmittelgebern sicher geschützt werden.

Wir fordern darüber hinaus

- die Wiedereinführung der Wissenschaftsstiftung
- eine stärkere Clusterbildung, insbesondere die Einführung eines "Life-Science"-Clusters mit Einrichtung eines Forschungsschwerpunktes "Lebenswissenschaften"
- die Förderung von Start-Ups beziehungsweise Neugründungen aus der Hochschule heraus durch Beratungsangebote

2. Freiheitliche Familienpolitik für ein besseres Hamburg

Liberaler Familienpolitik hat das Ziel, Rahmenbedingungen zu schaffen, um Familien größtmögliche Wahlfreiheit zu geben. Statt staatlicher Überversorgung und zunehmender Kontrolle möchten wir Freiräume erhalten. Die Bürger sollen selbst entscheiden, wie sie leben wollen. Gleichzeitig möchten wir diejenigen zielgerichtet unterstützen, die staatliche Hilfe benötigen. Wir bekennen uns zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Hamburg.

2.1 Kindertagesbetreuung und frühkindliche Bildung mit Qualität

Hamburg hat eine vielfältige und gut ausgebaute Krippen- und Kita-Landschaft. Durch das Kita-Gutscheinsystem, das seinerzeit unter unserer Regierungsbeteiligung eingeführt wurde, haben Eltern heute die Möglichkeit, unter zahlreichen und vielfältigen Angeboten zu wählen. Aber echte Wahlfreiheit gibt es nur, wenn Eltern wissen, dass ihre Kinder gut aufgehoben sind. Wir möchten die Angebote der frühkindlichen Bildung und Betreuung in Hamburg noch besser machen und ihre Vielfalt erhalten. Um das zu erreichen, soll

- der Betreuungsschlüssel im Krippenbereich gesenkt werden, langfristig auf 1:3, mittelfristig auf 1:4
- es mehr Fortbildungsangebote für Erzieherinnen geben, die im Krippenbereich tätig sind
- die Erzieherinnenausbildung noch praxisnäher gestaltet werden
- im Rahmen des Kita-Gutscheinsystems eine Flexibilisierung der Öffnungs- und Betreuungszeiten in Kindertageseinrichtungen angestrebt werden
- Wahlfreiheit zwischen verschiedenen Angeboten sichergestellt werden, indem wir Tagesmütter und -väter als wichtige Ergänzung zum Angebot in Krippen und Kitas weiter fördern. Sie dürfen nicht durch bürokratische Überregulierung in ihrer Arbeit

behindert, sondern ihre Betreuungsangebote sollten im Gegenteil nach Kräften von der Stadt unterstützt werden.

- die Kita-Inspektion weiterentwickelt und ihre Ergebnisse veröffentlicht werden, damit sich Eltern bei der Wahl der für ihr Kind richtigen Betreuungseinrichtung nicht mehr nur auf ihr Bauchgefühl verlassen müssen
- das Angebot an Wassergewöhnungskursen in den Kitas ausgebaut werden

Schlüssel zu Bildung und gesellschaftlicher Teilhabe sind gute Sprachkenntnisse. Noch immer kommen viel zu viele Kinder mit mangelnden Deutschkenntnissen in die Schule. Deshalb fordern wir, ausgehend von aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen, die in Hamburg übliche Sprachstanderhebungen bei Viereinhalbjährigen vorzuziehen und bereits im Alter von drei Jahren durchzuführen.

2.2 Familien stärken

Familien sind heutzutage vielfältig: Verheiratete oder unverheiratete Eltern, Alleinerziehende mit einem oder mehreren Kindern, Patchwork-Familien oder Pflegefamilien – unterschiedliche Familienformen sind längst gesellschaftliche Realität. Ihnen allen möchte liberale Politik ermöglichen, ihr Leben so zu gestalten, wie sie es sich wünschen. Wichtig ist dabei eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Darüber hinaus müssen Öffnungs- und Betreuungszeiten von Kindertageseinrichtungen und Ganztagsangeboten an Schulen weiter verbessert und flexibilisiert werden.

Jedes Kind hat das Recht, sich zu einer eigenverantwortlichen Persönlichkeit zu entwickeln. Die Verantwortung für ihre Kinder haben zuallererst die Eltern und liegt erst dann bei Staat und Gesellschaft. Leider haben nicht alle Kinder das Glück, wohlbehütet in ihren Familien aufwachsen zu können. Diese Kinder und Familien möchten wir von Anfang an begleiten und ihnen die Hilfe anbieten, die sie benötigen, damit sie ihr Leben langfristig ohne Unterstützung bewältigen können. Um dieses Ziel zu erreichen, möchten wir die Erziehungsfähigkeit von Eltern stärken, denn durch Prävention können viele Interventionen verhindert werden. Deshalb möchten wir die frühen Hilfen weiter ausbauen. Dazu gehören mehr Familienhebammen, die Stärkung von ehrenamtlichen Strukturen wie zum Beispiel Patenschaften und die Entlastung von jungen Familien sowie die bessere Vernetzung der vorhandenen Institutionen.

Außerdem setzen wir uns für den weiteren Ausbau von niedrigschwelligen Angeboten in den Stadtteilen ein, in denen die Eltern unter der Anleitung von pädagogischen Frühförderern spielerisch die Entwicklung des Kindes fördern und die Eltern-Kind-Kompetenz stärken können sowie die Sprachanbahnung gefördert wird. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass die Inanspruchnahme des Bildungs- und Teilhabepakets zum Beispiel durch gezielte Informationskampagnen weiter gesteigert wird.

Kinder haben das Recht auf Betreuung durch beide Eltern in gleichem Maße, worauf besonders bei Trennung geachtet werden soll, zum Beispiel in Form des Wechselmodells (Paritätische Doppelresidenz). Wir wollen uns dafür einsetzen, dass das Wechselmodell als ein dem Kindeswohl dienliches Modell verstanden wird und verstärkt in die behördliche Praxis einzubinden ist. Dazu bedarf es auch einer Integration in die Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen der zuständigen Behörden, wofür wir uns einsetzen werden. In strittigen Fällen, bei denen sich die Eltern über Sorge und Betreuung der Kinder nicht einigen, muss durch die beteiligten Stellen (zum Beispiel Allgemeiner Sozialer Dienst, freie Träger, Erziehungsberatungsstellen, Verfahrensbeistände) geprüft werden, wie das

Wechselmodell umzusetzen ist. In begründeten Einzelfällen kann davon abgewichen werden. In der Hamburger Praxis in Sorge- und Umgangsverfahren soll zukünftig die Kooperation aller beteiligten Stellen noch stärker im Mittelpunkt stehen.

Kinder und Jugendliche brauchen auch außerhalb der Schule Freiräume. Offene Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit bieten diese. Sie haben eine wichtige Funktion, denn Kinder und Jugendliche können ihre Freizeit dort selbstbestimmt und weitgehend selbstorganisiert gestalten. Diese wertvollen Angebote müssen erhalten bleiben und dürfen nicht zugunsten von verpflichtenden Ganztagschulen abgebaut werden. Weitere Kürzungen in diesem Bereich lehnen wir daher ab.

Gleichwohl müssen die Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit auf die sich verändernde Schullandschaft reagieren. Kooperationen zwischen Schulen und Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit in Ihrer Nachbarschaft möchten wir fördern.

Wir möchten eine bessere und regelhafte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in den Bezirken bei allen Fragestellungen, die ihr Leben direkt betrifft.

2.3 Jugendhilfe besser ausstatten

Offene, niedrighschwellige und freiwillige Angebote sind wichtig für Familien in Problemsituationen. Aber manchmal reichen diese Angebote nicht aus und der Staat muss seinen Schutzauftrag gegenüber den Kindern wahrnehmen. Tragische Einzelfälle haben in den vergangenen Jahren erneut deutlich gemacht, wie wichtig ein gut ausgebautes und gut funktionierendes Jugendhilfesystem ist. Dreh- und Angelpunkt ist der Allgemeine Soziale Dienst (ASD) der Jugendämter.

- Die Jugendämter in den Bezirken müssen personell und strukturell so ausgestattet sein, dass sie ihre verantwortungsvolle Arbeit bewältigen können. Neben der Einführung eines Personalbemessungssystems muss auch die Möglichkeit zu kurzfristiger Unterstützung (zum Beispiel über eine Pool-Lösung) gegeben sein.
- Insbesondere in Kinderschutzfällen muss die Kontinuität der Betreuung gesichert sein.
- Wir werden unter anderem die Umsetzung einer Jugendhilfeinspektion als unterstützendes und beratendes Instrument und die Einführung eines wirksamen Qualitätsmanagements weiterverfolgen.
- Für besonders schwierige Jugendliche muss es die Möglichkeit einer intensiven Betreuung geben. Solange es keine gleichwertigen Alternativen gibt, muss im Einzelfall auch eine geschlossene Unterbringung möglich sein. In diesen Fällen muss eine Anschlussbetreuung sichergestellt sein.

3. Kultur gibt den Menschen Kraft

Kultur ist kein Selbstzweck. Kultur schafft Bildung und stiftet Identität. Unser liberales Kulturverständnis stellt den Menschen in den Mittelpunkt. Für uns ist Kultur die Klammer der Gesellschaft. Kultur trägt zur Strahlkraft und Wertschöpfung unserer Metropole bei. Kultur bekommt eine immer schneller wachsende Bedeutung im Wettbewerb der Metropolen um Neuansiedlungen von Unternehmen und bei der Wahl eines neuen Arbeitsplatzes. Die Kulturlandschaft der Freien und Hansestadt Hamburg ist so vielfältig wie die Stadt selbst. Große Bühnen, Museen und Ausstellungshäuser, eine lebendige Offszene und vielfältige Künstlerinitiativen prägen das kulturelle Bild der Stadt. Diese Vielfalt prägt den Ruf Hamburgs als Kulturmetropole in Deutschland und darüber hinaus.

Der Stadt kommt als Trägerin vieler Einrichtungen eine besondere Verantwortung beim Erhalt und Ausbau der Kulturlandschaft zu. Für ein besseres Hamburg kommt es darauf an, einen Interessenausgleich zwischen den verschiedenen Institutionen und Kulturschaffenden zu erreichen. Bisher beschränkte sich der Fokus städtischer Kulturpolitik zu oft allein auf die Hochkultur. Gerade viele kleine Einrichtungen der Stadtteilkultur erfüllen aber wichtige sozio-kulturelle Funktionen und tragen maßgeblich zur kulturellen Bildung aller Bürger bei. Ihnen wird das Überleben oft schwer gemacht.

Die Kulturfinanzierung ist grundsätzlich eine gesamtgesellschaftliche Anstrengung. Gerade vor dem Hintergrund einer angespannten Haushaltslage sind viele Einrichtungen auf private Unterstützung angewiesen. Aufgabe der Stadt muss es sein, das Bewusstsein dafür zu schärfen und weitere Anreize für bürgerliches Engagement zu schaffen.

- Wir wollen, dass Kulturfinanzierung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe wahrgenommen wird. Staat und Bürger sollen gemeinsam Kultureinrichtungen finanzieren. Aufgabe des Staates ist es, eine kulturelle Grundsicherung vorzuhalten und darüber hinaus privates Engagement und private Beteiligungen zu unterstützen und zu fördern. Um hier einen stärkeren Anreiz zu setzen, fordern wir private Spenden und Zuwendungen durch staatliche Mittel zu ergänzen. Spendet ein Privater an eine kulturelle Einrichtung, gibt die Stadt einen bestimmten Betrag aus einem zu schaffenden, in der Höhe gedeckelten Kulturfonds hinzu. Gemeinsam engagieren sich so Gesellschaft und Staat für die Kulturlandschaft. Als Vorbild soll das Deutschlandstipendium dienen. Aber auch Kultureinrichtungen sollen neue Einnahmequellen erschließen und bestehende verbessern.
- Die zusätzlich gewonnenen Mittel der Stiftung Historischer Museen sollen zunächst zur Realisierung der Modernisierungspläne des Hamburg Museums am Holstenwall zur Verfügung gestellt werden. Damit soll die Zukunftsperspektive des Hauses als Visitenkarte der Stadt abgesichert werden. Gleiches gilt für das Altonaer Museum.
- In einem besseren Hamburg muss die finanzielle und strukturelle Unabhängigkeit der Hamburger Museen dauerhaft gesichert werden. Wir werden prüfen, inwieweit eine Überführung der öffentlichen Museumsstiftungen in privatrechtlich organisierte Stiftungen sowohl technisch als auch finanziell perspektivisch realisierbar ist. Kurzfristig gilt es, die bestehenden Zielvereinbarungen auszubauen.

- Wir stehen für Chancengleichheit – das bedeutet kulturelle Teilhabe aller Bürger. Es ist eine menschliche und gesellschaftliche Verpflichtung, jeder Form der Ausgrenzung, Isolation und dadurch bedingter Abhängigkeit vom Staat, entgegen zu wirken.
- Ein wesentlicher Faktor, um die Identität der Quartiere zu stärken, ist in einem besseren Hamburg die Stadteilkultur. Sie stärkt das ehrenamtliche Engagement und trägt dazu bei, dass Menschen sich in ihren Stadtteilen wohlfühlen und sich mit ihnen identifizieren. Sie fördert dadurch den sozialen Frieden und ist für die wachsende Stadt mit vielen Neuzugängen von Bürgern notwendig.
- Wir fordern deshalb auch weiterhin eine Erhöhung der Rahmenzuweisungen für Stadteilkulturzentren und Geschichtswerkstätten und wird sich dafür einsetzen. Das gilt auch für freie Gruppen und Initiativen, Jugendhäuser und Kulturzentren, die in allen Stadtteilen gerade das kulturelle Angebot für junge Menschen erweitern.
- Durch Kooperationen von Kultur- und Bildungseinrichtungen können insbesondere auch diejenigen Kinder und Jugendlichen gefördert werden, die von Bildungsarmut betroffen sind. Kulturbesuche mit der Schule sollten, thematisch stets in die bestehende schulische wie außerschulische Praxis eingebettet, in allen Schulformen angeboten werden, um allen Schülern die Chance des Zugangs zu Kultureinrichtungen zu eröffnen.
- Eine gute Erreichbarkeit von Kultur- und Bildungseinrichtungen ist durch den Ausbau von Bündnissen mit dem öffentlichen Nah- und Fernverkehr (Kulturticket) zu gewährleisten.
- Die Angebote der kulturellen Bildung sollen für jeden zugänglich sein. Barrierefreiheit und eine kindgerechte Ausstattung der entsprechenden Einrichtungen ist erforderlich. Angebote der kulturellen Bildung sollten nicht nur inhaltlich vielfältig, sondern auch im zeitlichen Rahmen flexibel wahrnehmbar sein. Wir fordern, die Kultur- und Bildungseinrichtungen organisatorisch so auszurichten, dass in ihnen auch in Ruhezeiten oder an Feiertagen Veranstaltungen stattfinden können. Kultur- und Bildungsangebote sind wohnortnah und niedrigschwellig anzubieten.
- Die Förderung der freien Musik-, Kunst-, Theater- und Literaturszene und ebenso die Arbeit der Theater, Konzerthäuser, Museen, Hochschulen und Universitäten als traditionell herausragende Institutionen zeugen von Vielfalt und Lebendigkeit Hamburgs. Sie sind als Impulse für eine nachhaltige kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung unabdingbar für ein besseres Hamburg.

4. Starke Wirtschaft – für ein dynamisches Hamburg

Wir sind die Partei der Sozialen Marktwirtschaft und der Chancengerechtigkeit. Jeder in unserer Stadt soll aus eigener Kraft den Aufstieg schaffen können. Daher setzen wir uns für einen Staat ein, der nicht alles reglementiert, sondern faire Spielregeln für die Marktteilnehmer sicherstellt. So ist das Prinzip „Privat vor Staat“ Ausdruck unserer liberalen Grundhaltung.

Erwirtschaften steht für uns vor Verteilen. Der Staat ist nicht der bessere Unternehmer und darf nicht mit Steuergeld dafür sorgen, dass gescheiterte Unternehmen überleben. Ein funktionierender Wettbewerb ist Garant für wirtschaftliche Dynamik und Innovation. Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen sind deshalb durch eine konsequente Wettbewerbspolitik vor Eingriffen in den Wettbewerb zu schützen. Das bedeutet jedoch auch, dass der Staat dort konsequent eingreift, wo Marktmacht in Form von Kartellen oder Monopolen den Wettbewerb bedroht. Wettbewerb schützt vor Marktmacht.

Wir setzen uns dafür ein, dass insbesondere die Interessen aller kleinen und mittelständischen Unternehmer sowie Freiberufler gewahrt werden und sie in Hamburg optimale Rahmenbedingungen vorfinden. Unternehmerisches Handeln muss belohnt und nicht, wie in den letzten Jahren, durch mehr Bürokratie und höhere Abgaben bestraft werden. Ohne erfolgreiche Unternehmen verlieren wir Wohlstand und vor allem Arbeitsplätze in unserer Stadt.

4.1 Hamburg soll Gründerhauptstadt werden

Die Zukunft des Standorts Hamburg hängt wesentlich davon ab, dass wir die Innovationskraft von Industrie und Mittelstand stärken und nicht ausbremsen. Wir setzen uns dafür ein, dass neue Ideen und Geschäftsfelder eine Chance erhalten und nicht durch Bürokratie im Keim erstickt werden. Existenzgründung muss in Hamburg einfacher werden. Einem Ausbau vorhandener Unternehmen und dem Schaffen neuer Arbeitsplätze dürfen keine bürokratischen Hürden entgegenstehen. Insbesondere Start-ups brauchen in der Gründungsphase vor allem Freiräume und den Schutz vor überzogenen bürokratischen Anforderungen, die Zeit und Geld verschlingen. Wir setzen auf Innovation und Fortschritt und auf den Austausch von Wissenschaft und Wirtschaft. Unser Ziel ist es, Hamburg zur Gründerhauptstadt Europas zu machen.

Dazu ist notwendig, die Entwicklung von Technologie- und Innovationszentren durch die zielgerichtete Vernetzung von Universitäten, Hochschulen und forschenden Einrichtungen mit privaten und öffentlichen Kapitalgebern zu stärken. Wir wollen durch die Einrichtung einer One-stop-agency eine stärkere Fokussierung auf die Wirtschaftsförderung erreichen,

damit Unternehmen einen einzigen Ansprechpartner für Förderung und Beratung haben. Zusätzlich fordern wir ein bürokratiefreies Halbjahr für Existenzgründer (nur Anmeldung des Gewerbes, alles andere wie Kammer, Handelsregister etc. mit Sechsmonatsfrist). Wir wollen die bürokratischen Hürden für Gründer, die Geschäftsführer in einem Start-up sind, reduzieren. Die aktuelle Rechtslage, wonach Geschäftsführer nur selbstständig sein können und somit nur dann von gesetzlicher Renten- und Krankenversicherungspflicht befreit sind, wenn sie die Stimmenmehrheit halten, wollen wir zugunsten einer Wahlfreiheit für den jeweiligen Geschäftsführer umwandeln. Zukünftig soll jeder Start-up-Geschäftsführer, der zumindest 20 Prozent der Anteile an einem Unternehmen hält, selbst entscheiden dürfen, ob er selbstständig sein oder angestellt werden möchte und damit regulär in die Sozialversicherungssysteme einzahlt. Diese Regelung soll für die ersten zwölf Monate der in Gründung befindlichen Unternehmen gelten. Zusätzlich wollen wir die Vorfälligkeit von Sozialversicherungsbeiträgen abschaffen. Sie würden wieder einmalig am Ende des Monats abgeführt. Das erspart allen Unternehmen hohe Bürokratiekosten und entlastet vor allem Unternehmen in der Gründungsphase, bei denen die bürokratischen Prozesse noch mehr Zeit benötigen als in Unternehmen, die bereits länger bestehen. Wir wollen die Umsatzsteuerpflicht für Gründer vereinfachen. Zukünftig kann im ersten Jahr des Unternehmens die Umsatzsteuer auf halbjährlicher Basis abgeführt werden. Damit ersparen wir den Gründern die monatliche beziehungsweise vierteljährliche Befassung mit der Umsatzsteuerabführung und entlasten sie und auch die verantwortlichen Behörden von Bürokratie.

- Die Hamburger Wirtschaft benötigt zusätzliche Gewerbe- und Industrieflächen. Daher werden wir den Flächennutzungsplan überarbeiten und zusätzliche Gewerbegebiete und Industrieflächen ausweisen.
- Wir unterstützen das Engagement von Venture-Capital-Gebern und Business Angels in Hamburg und wollen in unserer Stadt Bedingungen schaffen, die Crowdfunding möglichst bürokratiefrei ermöglichen.
- Wir wollen die effizientere Unterstützung von Start-ups durch einen revolvingenden und sich selbst finanzierenden Gründerfonds. Dabei sollen erfolgreiche Gründer und Unternehmer ihre Expertise einbringen und über förderfähige Konzepte entscheiden. Die Unterstützung soll als Darlehen oder durch Beteiligungen erfolgen. Der Fonds soll sowohl einen Finanz- als auch Erfahrungstransfer zwischen erfolgreichen Unternehmern, Gründern und Neugründern ermöglichen.
- Wir wollen für Gründer ein Wahlrecht zwischen Ist- und Soll-Besteuerung im ersten Jahr. Derzeit können Unternehmen nur bis zu einem Jahresumsatz von 500.000 Euro wählen, ob sie nach Ist- oder nach Soll-Besteuerung erbrachte Leistungen abführen wollen. Wir fordern, dass neu gegründete Unternehmen unabhängig vom Umsatz im ersten Jahr die Ist-Besteuerung wählen können. So sorgen wir dafür, dass

Unternehmen nicht in staatlich verschuldete Liquiditätsengpässe geraten.

- Erfolgreich wirtschaften statt Akten sammeln. Die Aufbewahrungsfristen für Unternehmen sollen so angepasst werden, dass Akten nur noch fünf Jahre gelagert werden müssen.

4.2 Den Hamburger Hafen fit für den Wettbewerb machen

Der Hamburger Hafen ist nicht nur das Tor zur Welt, sondern auch das pulsierende Herz Hamburgs. Der Hafen trägt mit einer Wertschöpfung von über 20 Milliarden Euro, 261.000 Beschäftigten sowie einem jährlichen Steueraufkommen von ca. 800 Millionen Euro entscheidend zum Wohlstand unserer Stadt bei. Als zweitgrößter Containerhafen in Nordeuropa konnte der Hamburger Hafen trotz eines schwierigen Umfelds Marktanteile hinzugewinnen. Diese Entwicklung fortzusetzen ist keine Selbstverständlichkeit. Wir sehen die weitere positive Entwicklung ohne Investitionen in die Hafeninfrastruktur als stark gefährdet an. Insbesondere die Fahrrinnenanpassung entscheidet über die Zukunft des Hamburger Hafens als Universalhafen. Ohne sie wird sich Hamburg innerhalb der nächsten zehn Jahre nicht im Wettbewerb der Nordrange-Häfen behaupten können und seine führende Rolle als einer der größten und modernsten Häfen Europas verlieren.

Aber nicht nur die Fahrrinnenanpassung ist für Hamburg wegweisend. Neben der seeseitigen Erreichbarkeit sind die Straßen- und Schienenanbindungen des Hafens sowie die Erreichbarkeit per Binnenschiff von zentraler Bedeutung. Der Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen Häfen aufgrund der sehr guten Hafenhinterlandanbindung gerät mehr und mehr in Gefahr. Kilometerlange Staus auf den Zubringerautobahnen und lange Wartezeiten bei der Verladung von Gütern auf die Schiene wurden in den letzten Jahren immer mehr zum Wachstumshemmnis und führen mittel- und langfristig zu einer Verlagerung von Verkehrsströmen. Die Metropolregion Hamburg und der Hafen als Drehscheibe für Waren aus Mittel-, Ost- und Nordeuropa sind auf eine sehr gute Hinterlandanbindung angewiesen. Hier setzen wir auf eine strukturierte und abgestimmte Planung der notwendigen Verkehrsprojekte. Auch die Hafeninfrastruktur muss in den nächsten Jahren dringend ertüchtigt, modernisiert und ausgebaut werden. Nur so ist es möglich, den Anforderungen, die immer größer werdende Schiffe bei Anläufen an den Hamburger Hafen stellen, gerecht zu werden. Hierzu zählen insbesondere größere Wendekreise für Schiffe, Erweiterungen von Umschlagflächen sowie die Umstrukturierung des mittleren Freihafens. Insbesondere der mittlere Freihafen muss als Fläche für ein weiteres Containerterminal zur Verfügung stehen. Daneben müssen auch im Hamburger Hafen Verwaltungsstrukturen vereinfacht werden.

4.3 Hamburgs Hafen für das 21. Jahrhundert ertüchtigen

Die erneute Verzögerung bei der Entscheidung über die Fahrrinnenanpassung hat dem Hafenstandort Hamburg schwer geschadet. Durch unzureichende Vorbereitung seitens der Stadt Hamburg sieht sich das Bundesverwaltungsgericht nicht imstande, eine Entscheidung

über die Fahrrinnenanpassung zu treffen, bevor der EuGH über die anhängigen Fragen zur Weservertiefung geurteilt hat. Das ist ein schwerer Schlag für Hamburgs Hafenunternehmen. Durch die erneute Verzögerung geht Hamburg Ladung verloren, und viele Reedereien planen ihre Schiffsumläufe für die künftigen Jahre ohne Hamburg. Das macht sich nicht sofort, aber bereits in den kommenden zwei bis drei Jahren deutlich bemerkbar.

Um nicht weiter an Wettbewerbsfähigkeit zu verlieren, fordern wir ein Sofortprogramm zur Steigerung der Attraktivität des Hamburger Hafens. Dieses Sofortprogramm soll die Senkung der Hafengebühren um vier Prozent beinhalten. Diese werden eingespart bei der Abführung an die Stiftung „Lebensraum Elbe“, da diese die Fahrrinnenanpassung ohnehin nur zu verhindern gedenkt. Zusätzlich ist eine norddeutsche Hafenkooperation ein Muss. Allerdings muss es das Ziel dieser Kooperation sein, dass möglichst viel Ladung weiterhin nach Hamburg und damit so weit wie möglich ins Hinterland gelangt. In einer norddeutschen Hafenkooperation sehen wir eine Chance der Interessensbündelung der Nordländer, etwa für die Einwerbung von Mitteln für den Infrastrukturausbau beim Bund.

Um bei zukünftigen Investitionen eine bessere Sicherheit zu erlangen, muss das Planungsrecht drastisch reformiert werden. Es ist so auszugestalten, dass zukünftig Einwände bereits in der Phase der Planfeststellung berücksichtigt und abgearbeitet werden können. Zudem soll es zukünftig auch eine Positiv-Abwägung für Umweltfolgen geben. Die eingesparten Abgas-Emissionen, die dadurch entstehen, dass Waren über den Hamburger Hafen emissionsarm bis weit ins Binnenland transportiert werden, spielen bei der Abwägung zur Fahrrinnenanpassung keine Rolle. Das wollen wir ändern.

Unser Ziel ist eine Strategie zur Verbesserung der Wettbewerbsbedingungen im Hamburger Hafen.

- Der Hafen braucht Planungssicherheit. Nachdem sich wesentliche Grundlagen der Hafenentwicklungsplanung des SPD-Senats als unzutreffend erwiesen haben, muss möglichst rasch und gemeinsam mit der Hafenvirtschaft ein Hafenentwicklungsplan 2.0 formuliert werden. Wir halten die Elbvertiefung für das wichtigste Hafen-Infrastrukturprojekt der kommenden Jahre. Deshalb setzen wir alles daran, dass sie gelingt.
- Wir fordern ein „Wasserkonzept 2020“. Die Wasserflächen nach Hamburg und innerhalb Hamburgs bieten die größten Potenziale für den Transport von Waren und auch für die Personenbeförderung. Wir wollen deshalb ein Wasserkonzept 2020 entwickeln, das zum Ziel hat, mehr Personen und Waren von der Straße aufs Wasser zu bringen. Wassertaxis zur Personenbeförderung sind dabei ein denkbares Element zum Ausbau dieser Transportform. Aber auch der Ausbau der trimodalen Logistik muss ins Zentrum der Verkehrsplanung im Hamburger Hafen rücken.

- Wir wollen über eine Beteiligung weitere Linienreedereien an Terminals der HHLA an den Hamburger Hafen binden. Mit solchen Beteiligungen lässt sich langfristig und gerade in wirtschaftlich schwächeren Phasen Umschlagvolumen in Hamburg halten sowie ein Beitrag zur Hafenfinanzierung leisten.
- Essenziell ist eine optimale Hinterlandanbindung, die für einen schnellen Fluss der Waren- und Verkehrsströme sorgt. Daher setzen wir uns für einen zügigen Ausbau der vorhandenen Straßen- und Schienenwege sowie sinnvolle Neubauprojekte ein. Neben der Y-Trasse benötigt der Hamburger Hafen die Entwicklung des Ostkorridors, der die Verkehre in Richtung Bayern und Tschechien beschleunigt und damit das Hafenhinterland näher an den Hamburger Hafen bringt. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Projekte Eingang in den Bundesverkehrswegeplan finden, da hier nicht nur die Interessen Hamburgs berührt sind.
- Wir setzen nicht nur auf ein Wachsen des Hafens nach innen, sondern auch nach außen. Daher wollen wir die Hafenerweiterungsgebiete auch langfristig für die Entwicklung des Hafens und der hafenauffinen Industrie sichern.
- Die Hafeninfrastruktur muss besser als bisher instand gehalten werden. Dafür fordern wir einen „Masterplan Verkehrswege“ für den Hamburger Hafen. Ziel ist auch hier die Verlagerung von Verkehren von der Straße aufs Wasser als Teil des „Wasserkonzepts 2020“. Die HHLA als Anbieter von Transportdienstleistungen im Hamburger Hafen sollte sich wasserseitigen Zugängen für den Warenumsatz nicht länger verwehren. Barge Feeder Systeme bieten auch in anderen Häfen gute Möglichkeiten zur Entlastung der Straßen.
- Wir wollen die Erreichbarkeit des Hamburger Hafens für die Binnenschiffahrt stärken und setzen uns daher für die Sicherstellung der Binnen-Schiffbarkeit der Elbe bis nach Tschechien ein.
- Die Flächen des Central Terminal Steinwerder bieten entsprechend den Anforderungen der Schiffahrt und Logistik langfristige Entwicklungsperspektiven für ein drittes Containerterminal oder ein Multipurposeterminal. Beide Optionen gilt es intensiv zu prüfen. Kurzfristig ist nun auf einem kleinen Teil der Fläche ein Kreuzfahrtterminal errichtet. Das wirft die Frage nach der Nutzung der übrigen rund 90 Prozent der Fläche auf. Für diese Fläche sollen schnell passende Übergangsnutzungskonzepte gefunden werden.
- Bei der Hafenfinanzierung wollen wir stärker als bisher darauf achten, dass die Mittel der Hamburg Port Authority (HPA) auch tatsächlich für Hafenzwecke verwendet werden. Maßnahmen wie der Ausbau des Alten Elbtunnels sollen zukünftig nicht mehr aus dem HPA-Haushalt finanziert werden und gehören deshalb in den Haushalt der Wirtschaftsbehörde.

- Beim Thema Landstromversorgung baut der Senat ein neues, teures Staatsmonopol auf. Wir kritisieren das und setzen uns stattdessen für einen fairen Marktzugang auch für private Anbieter von Landstrom beziehungsweise wasserseitiger Lösungen zur Stromerzeugung wie Power Barges ein.

4.4 Hamburg Port Authority neu denken

Die Organisation des Hamburger Hafens durch die HPA als moderne Hafenbehörde war ein richtiger Schritt. Nach fast zehn Jahren der Arbeit in dieser neuen Struktur gilt es jedoch, das Aufgabengebiet und die Organisationsstruktur einer kritischen Überprüfung zu unterziehen. Klar muss sein, dass sich die HPA auf ihre Kernaufgaben konzentriert. Sie ist Eigentümerin des Großteils der Hafengrundstücke und Verantwortliche für die Hafentwicklung, die Entwicklung und Unterhaltung der Infrastruktur, die Sicherheit im Hafen, den Hochwasserschutz und die Gefahrenabwehr. Darüber hinaus sollte sie keine Aufgaben übernehmen wie etwa die Sanierung des Alten Elbtunnels sowie den Betrieb der Kreuzfahrtterminals.

Dieses weitgefächerte Aufgabenspektrum, welches in Teilen kaum noch mit den eigentlichen Aufgaben einer Hafenbehörde in Einklang zu bringen ist, führt unter anderem dazu, dass Ressourcen zur Planung und Umsetzung an entscheidenden Stellen fehlen. Dies verursacht nicht nur längere Umsetzungsphasen, sondern auch Kostensteigerungen in Millionenhöhe. Vor diesem Hintergrund wollen wir die Hamburg Port Authority für die Herausforderungen der kommenden Jahre fit machen.

- Wir werden die Aufgaben- und Organisationsstruktur der Hamburg Port Authority überprüfen und insoweit anpassen, dass zukünftig insbesondere die Hafentwicklung sowie die Entwicklung und Unterhaltung der Infrastruktur, der Sicherheit im Hafen, dem Hochwasserschutz und der Gefahrenabwehr wieder im Vordergrund stehen. Insbesondere der operative Betrieb von Kreuzfahrtterminals gehört nicht zu den Aufgaben der Hamburg Port Authority.
- Wir werden uns für eine ausreichende Finanzierung der Hafinfrastruktur einsetzen und sicherstellen, dass Planungszeiträume und Realisierung nicht nur wieder verlässlich werden, sondern auch im Kostenrahmen bleiben.

4.5 Klare Ordnungspolitik und wirtschaftlicher Erfolg für Hamburg

Der Staat ist nicht der bessere Unternehmer. Daher wollen wir alle öffentlichen Unternehmen und Unternehmensbeteiligungen der Freien und Hansestadt Hamburg auf den Prüfstand stellen. Die Beteiligungen unter anderem an der HSH Nordbank und Hapag-Lloyd haben den Steuerzahler bereits Milliarden gekostet, hinzu kommen die Milliardenrisiken durch die Beteiligungen, für die die Stadt und mithin der Steuerzahler haftet. Allein bei der HSH Nordbank sind es über 30 Milliarden Euro und damit mehr als das doppelte des jährlichen Haushalts der Stadt. Die Stadt Hamburg ist kein erfolgreicher Banker. Daher werden wir eine Ausstiegsstrategie für die HSH Nordbank entwickeln, die den Steuerzahler möglichst wenig kostet und Risiken für die Stadt minimiert. Die Stadt Hamburg ist kein erfolgreicher Reeder, daher werden wir uns von der Beteiligung an Hapag-Lloyd trennen. Hierbei werden wir darauf achten, dass Hamburg möglichst ohne Verluste seine Anteile verkaufen kann und dabei Arbeitsplätze am Standort gesichert werden. Außerdem ist es bei etwa 900 Stromanbietern bundesweit, darunter vielen Ökostromanbietern, völlig überflüssig, dass sich Hamburg einen eigenen Stromanbieter leistet. Daher wollen wir das Abenteuer Hamburg Energie beenden. Es hat bislang nur Kosten verursacht und keinen nennenswerten Beitrag zur Energiewende geleistet.

Nur Unternehmen, die im Bereich der Daseinsvorsorge zwingend notwendig sind, sollen nicht veräußert werden. Klar muss aber sein, dass Reiseunternehmen wie der Reisinger Hamburg nicht dazugehören.

- Der Flughafen braucht mehr Wettbewerb. Deshalb wollen wir prüfen, ob bei den Bodendienstleistungen mehr Wettbewerb zwischen Anbietern möglich ist.
- Initiative Metropolregion Hamburg 2030. Die Metropolregion Hamburg ist einer der größten und dynamischsten Wirtschaftsräume in Deutschland. Wir wollen daher die Metropolregion zu einer echten Wirtschaftsregion weiterentwickeln und nicht wie bisher vorwiegend touristische Ziele verfolgen. Dafür ist unter anderem eine gemeinsame Verkehrswegeplanung notwendig, denn sonst wird Süddeutschland weiter in der Bundesverkehrswegeplanung bevorzugt. Darüber hinaus gilt es Unternehmensansiedelungen gemeinsam zu verfolgen und auf Kooperation mit den Nachbarländern zu setzen. Die norddeutschen Investitions- und Förderbanken sollen dazu stärker zusammenarbeiten, ihr Zusammenschluss soll geprüft werden.

4.6 Starke Entwicklung von Handwerk, freien Berufen und Mittelstand

Das Handwerk braucht faire Chancen. Dazu gehört der Zugang zu Finanzierungsquellen und öffentlichen Aufträgen. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Handwerks beginnt dabei hier vor Ort. Deshalb wollen wir eine handwerksgerechte Gewerbeflächen- und Verkehrspolitik, wirksame Fachkräftesicherung und den Abbau von Bürokratie, denn wir

wollen das Handwerk und den Mittelstand stärken. Auch hier sind wir für Privatinitiative vor staatlicher Bevormundung und staatlichem Einfluss.

Wir sind überzeugt, dass die europäischen Bürger vom Außenhandel in offeneren Märkten profitieren. Gleiches gilt für die Hamburger Wirtschaft. Das geplante Freihandelsabkommen TTIP schafft mit Europa und Nordamerika einen der größten zusammenhängenden Wirtschaftsräume, von dem wir alle profitieren und mit dem wir die Erfolgsstory der europäischen Einigung fortschreiben. Wir wollen dabei ein Freihandelsabkommen, in dem die Verbraucherrechte nicht nur geschützt, sondern gestärkt werden. Auch fordern wir, das Freihandelsabkommen TTIP mit einem transatlantischen Datenschutzabkommen zu verbinden.

- Bei Gewerbe- und Industrieflächen werden wir die Vergabekriterien dahingehend anpassen, dass Vergaben zukünftig ausschließlich nach ökonomischen Faktoren wie Wertschöpfung und Beschäftigungswirkung erfolgen sollen. Interessierte Investoren, die sich in Hamburg ansiedeln wollen, müssen zukünftig mindestens eine Fläche schneller angeboten bekommen. Weiterhin wollen wir Flächen für das Handwerk auch in innerstädtischen Räumen zur Verfügung stellen, daher setzen wir uns insbesondere für bürgernahe Handwerks- und Gewerbehöfe ein, in denen sich junge und bewährte Unternehmen aus dem Handel und Handwerk entfalten und ihre Dienste ortsnah und verbraucherfreundlich anbieten können. Dabei setzen wir auf Eigenorganisation und Eigeninitiative der dort tätigen Unternehmen.
- Hamburgs Mittelstand braucht weniger Bürokratie und mehr kompetente Ansprechpartner in der Verwaltung, aber keine staatliche Investitions- und Förderbank. Wir setzen uns für neue Finanzierungswege für Handwerk und Mittelstand und unbürokratische Förderprogramme für Innovation und Standortsicherung ein.
- Wir wollen die Handwerksordnung und damit zusammenhängende Gesetze entsprechend den europäischen Regelungen weiterentwickeln, damit mehr Menschen ohne überflüssige bürokratische Hürden ihre Dienste anbieten, ihr eigenes Einkommen sichern, Arbeitsplätze schaffen und Steuern und Sozialabgaben zahlen können. Dabei setzen wir auf die bewährten Instrumente wie Gesellen- und Meisterbrief als Garanten für qualitativ hochwertige Arbeit und verbrauchernahe Angebote. Gerade eine zukunftsorientierte Ausbildung, wie sie im Handwerk seit Jahrzehnten durchgeführt wird, garantiert einen erfolgreichen Zugang zu den Märkten.

- Wir wollen Neugründungen von Handwerksbetrieben weiter unterstützen. Aus der Opposition heraus haben wir das Meistergründungsdarlehen attraktiver gestaltet, sodass auch junge Familien profitieren. Wir setzen uns für eine weitere Vereinfachung der Gründungsförderung ein, damit sich die Gründer auf ihr neues Unternehmen konzentrieren können.
- Wir wollen den Wissenstransfer zwischen Hochschulen sowie Forschungseinrichtungen und dem Handwerk beziehungsweise den kleinen und mittleren Unternehmen verbessern, um mehr Ideen in Produkte und Verfahren umzusetzen und damit neue Arbeitsplätze zu schaffen.
- Wir wollen Betriebsnachfolgen erleichtern und daher gestandene Handwerksunternehmer, die keine Nachfolger für ihren Betrieb finden, mit hochqualifizierten Nachwuchskräften zusammenbringen. Mit unserer erfolgreichen Initiative zur „Unternehmensnachfolge und Migration“ wurde ein erster Schritt getan.
- Wir wollen, dass Betriebe und Initiativen von Unternehmern mit Migrationshintergrund besser und intensiver betreut und beraten, ihre Aktivitäten gewürdigt und durch konkrete Maßnahmen unterstützt werden. Unsere demographische und soziale Entwicklung erfordert, dass wir uns mit den erfolgreichen Initiativen dieser Bürger beschäftigen und ihnen ein Erfolg versprechendes ökonomisches und soziales Umfeld schaffen sowie sie bei Gründung und Betrieb ihrer Unternehmen partnerschaftlich begleiten und unterstützen.
- Die Förderung der Hamburger Wochenmärkte und die Verbesserung der Infrastruktur sind wichtige Beiträge zur Erhöhung der Lebensqualität in den Stadtteilen sowie eine konkrete Unterstützung mittelständischer Unternehmen. Hierbei ist es wichtig, die Wochenmarkthändler bei der Erarbeitung eines Sanierungs- und Modernisierungsprogramms mit einzubeziehen.
- Die Wochenmarktgebühren sollen, wie bei allen städtischen Gebühren, dem strikten Kostendeckungsprinzip unterliegen.

4.7 Hamburg, die wachsende Tourismusmetropole

Im Jahr 2012 verzeichnete Hamburg über 10,6 Millionen Übernachtungen. Im August 2013 sind bereits 8 Millionen erreicht. Die Tourismusbranche boomt in Hamburg. Dennoch bleiben Optionen ungenutzt, die Hamburg weltweit interessanter machen könnten. Es mangelt unter anderem an kulturellen Großereignissen wie Ausstellungen, Theatervorstellungen und Konzerten mit Ausstrahlungskraft, die Touristenströme in die Stadt bringen.

Konkret fordern wir:

- Wir wollen die Bettensteuer abschaffen, denn die als Kultur- und Tourismussteuer bezeichnete Bettensteuer ist eine Mogelpackung. Hier wird Haushaltskonsolidierung betrieben statt zusätzlicher Kultur- und Tourismusförderung. Dazu kommt noch ein Bürokratieaufwand für die Unternehmen.
- Die Bezirke sollen zusätzliche verkaufsoffene Sonntage, die auch in der Vorweihnachtszeit liegen dürfen, selbst bestimmen können. So würde Hamburgs Attraktivität als Einkaufsmetropole und als touristisches Ziel steigen. Die City hätte eine Vorweihnachtsattraktion mehr.
- Wir wollen die Planung von touristischen Großveranstaltungen in Hamburg durch ein Senatskonzept verbessern, damit der Tourismusstandort Hamburg über das ganze Jahr optimal aufgestellt ist.
- Hamburg muss auf den wachsenden Kreuzfahrt-Boom reagieren. Um über regelmäßige und besser verteilte Anläufe die Auslastung der Kreuzfahrtterminals zu erhöhen, müssen sie frühzeitig mit Kreuzfahrtgesellschaften geplant werden.
- Die Hamburg-Messe entspricht nicht mehr internationalen Standards. Deshalb setzen wir uns für eine Modernisierung der Messe ein. Die Revitalisierung des CCH ist nur ein erster Schritt. Die Errichtung eines neuen Hotels am Standort des CCH soll zusätzlich zur Steigerung der Attraktivität beitragen.

4.8 Hamburgs Landwirtschaft stärken

Die Hamburger Agrarwirtschaft wird als wichtiger und unverzichtbarer Bestandteil der Hamburger Wirtschaft angesehen und die Freie und Hansestadt Hamburg als größte Eigentümerin landwirtschaftlicher Flächen muss den Betrieben eine Planungssicherheit gewährleisten. Grundvoraussetzung für den wirtschaftlichen Erfolg ist eine ausreichende Flächenverfügbarkeit. Eine wirtschaftlich aussichtsreiche und wettbewerbsfähige Perspektive für diese Betriebe ist Voraussetzung für den Fortbestand einer ökologisch sinnvollen Regionalversorgung der Stadt. Gibt es landwirtschaftliche- oder Gartenbaubetriebe die Bewirtschaftung auf, sind diese Flächen zuerst anderen artgleichen Betrieben anzudienen. Die Freie und Hansestadt Hamburg darf das Höchstgebot nicht überbieten. Um den Absatz regional erzeugter Produkte zu fördern, setzen wir uns für eine bessere Vermarktung, kurze Anfahrtswege und eine logistische Optimierung für das Konzept „Aus der Region – für die Region“ ein.

Wir sind für eine restriktionsfreie Landwirtschaft, d.h. wir lehnen die Auferlegung zusätzlicher Beschränkungen, die über die ohnehin zu beachtenden Auflagen durch EU-Recht und Naturschutz hinausgehen, ab.

5. Arbeitsmarkt stärken

Wir bekennen uns zu einer Flexibilisierung des Arbeitsmarktes. Wir sind offen für Maßnahmen, die Menschen in Beschäftigung bringen. Wir bevorzugen befristete Arbeitsverhältnisse anstelle von Arbeitslosigkeit und Minijobs statt Transferleistungen. Flexibilisierung bedeutet auch, dass ein Unternehmen bei Kapazitätsspitzen durch Zeitarbeit zusätzliche sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze schafft, anstatt die Stammebelegschaft zu Mehrarbeit zu verpflichten. Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen sind dazu bestimmt, Menschen in reguläre Beschäftigung zu bringen.

Der flächendeckende Mindestlohn schadet nicht nur Geringqualifizierten und Langzeitarbeitslosen, sondern insbesondere jungen Menschen, da es für sie zukünftig noch schwerer sein wird, einen Arbeitsplatz zu finden. Wir lehnen den Mindestlohn daher ab. Stattdessen setzen wir auf die Tarifautonomie von Gewerkschaften und Arbeitgebern. Klar ist aber auch, dass da, wo das Einkommen zum Leben nicht reicht, die Gesellschaft ihrer Verantwortung gerecht werden muss und das Einkommen aufstockt, und zwar so, dass jemand, der arbeitet mehr hat als der, der nicht arbeitet.

Fachkräftesicherung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Sie beginnt bei der Ausbildungsfähigkeit und Motivation von Jugendlichen sowie der Verringerung der Abbrecherquote bei der Berufsausbildung, sie geht über die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, über die Nutzung der Kompetenz von Senioren bis hin zu einem modernen Einwanderungsrecht. Wir setzen dabei auf Stärkung von Bildung, Weiterbildung und lebenslangem Lernen sowie auf einen flexiblen und familienfreundlichen Arbeitsmarkt.

Wir wollen eine moderne Einwanderungspolitik. Für die Zuwanderung von gut ausgebildeten Fachkräften soll es ein Punktesystem wie zum Beispiel in Kanada geben. Die Integration gut ausgebildeter Migranten in den Arbeitsmarkt fördert zusätzlich die Fachkräftesicherung. Dabei muss die Anerkennung von Berufsabschlüssen stärker forciert werden. Transparenz und Informationen sind Schlüsselemente einer effizienten Arbeitsmarktintegration.

Zahlreiche Ausbildungsplätze können nicht besetzt werden, während gleichzeitig viele Jugendliche keinen Ausbildungsplatz finden. Wir wollen den Übergang von der Schule in den Beruf effizienter gestalten. Durch eine bessere Berufsorientierung in den Schulen sollen Schüler und Unternehmen zusammenfinden und die Jugendlichen in ihrem Bewerbungsprozess unterstützt werden. Für viele kleinere Betriebe ist es oftmals schwierig, Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Wir möchten sie unterstützen, Ausbildungskooperationen einzugehen. Auch die Bereitstellung von Wohnraum für Auszubildende soll es Jugendlichen erleichtern, in Hamburg einen Ausbildungsplatz anzutreten.

Der Schlüssel zur Teilhabe ist Bildung und Qualifikation. Fehlende Berufsausbildungen sind das größte Hindernis zur Aufnahme einer Beschäftigung. Geringqualifizierte und Langzeitarbeitslose sollen deshalb verstärkt die Möglichkeit erhalten, einen qualifizierten Berufsabschluss nachzuholen, anstatt von einer Maßnahme in die nächste übergehen zu müssen. Wir wollen einen Modellversuch in Hamburg starten, der es auch Geringqualifizierten sowie Langzeitarbeitslosen ermöglicht, einen Facharbeiterabschluss in Etappen zu erreichen. Weiterhin muss die Beschäftigungsförderung von Langzeitarbeitslosen unternehmens- und praxisnah und weniger über Beschäftigungsträger gestaltet werden, um

diese Bürgerinnen und Bürger langfristig in ein Unternehmen zu integrieren.

Die Kompetenzen älterer Menschen müssen stärker genutzt werden. Ältere Menschen verfügen über einen umfangreichen Wissens- und Erfahrungsschatz, auf dessen Nutzung unsere Gesellschaft nicht verzichten kann. Daher müssen die starren Altersgrenzen fallen. Arbeitnehmer sollen flexibel mit ihrem Arbeitgeber verhandeln können, wann sie zwischen 60 und 70 Jahren - bei Ab- und Zuschlägen - in Rente gehen wollen. Wir setzen uns daher für einen flexiblen Renteneintritt nach schwedischem Vorbild ein. So wird die Fairness für alle Generationen wieder hergestellt und allen eine verlässliche und individuelle Lebensplanung ermöglicht.

- Die Zeitarbeitsbranche hat erheblich zum Beschäftigungsboom in Hamburg beigetragen und ist insbesondere für Geringqualifizierte und Arbeitslose eine Einstiegschance in feste und dauerhafte Arbeitsverhältnisse. Daher werden wir uns auch weiterhin für Arbeitsplätze in der Zeitarbeit stark machen.
- Wir wollen die unbürokratische Aufnahme von Arbeit ermöglichen und dafür prüfen, wie in Hamburg eine Tagesjobbörse unter Beteiligung privater Unternehmen bürokratiearm errichtet werden kann.
- Wir wollen unbürokratische Einstiegsmöglichkeiten für Jugendliche aus unseren EU-Nachbarstaaten in den Arbeitsmarkt durch Austauschprogramme und Kooperationen.
- Mitbürgern mit besonderen Vermittlungshemmnissen muss zur Erreichung der Vermittlungsfähigkeit in reguläre Arbeit wirksamer geholfen werden. Menschen mit Handicap und chronisch Kranke müssen entsprechend ihrer individuellen Erfordernisse umgeschult und alltagsfit gemacht werden, um sie für die Vermittlung in den Arbeitsmarkt zu stärken.

6. Vorausschauende Energiepolitik für eine sichere Versorgung von Hamburg

Wir wollen in der Energiepolitik die Ziele Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Umweltverträglichkeit unter marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen realisieren. Das Gelingen der Energiewende wird als europäisches Projekt gesehen. Dabei setzen wir auf mehr Wettbewerb und günstigere Preise zwischen den Energieerzeugern durch einen europäischen Energie-Binnenmarkt.

Dazu wollen wir die Förderung von Investitionen in die Stromerzeugung aus erneuerbaren Quellen mindern, um Forschung und Entwicklung in diesem Bereich zu zielgerichteten Anstrengungen anzuhalten. Forschung und Entwicklung zu schadstoffarmen Technologien wie Wasserstoff, Brennstoffzellen und Batterien gilt es auszubauen. Dabei sollen auch Anschubfinanzierungen Erfolg versprechender Technologien helfen, wir sind aber gegen Dauersubventionen und Abnahmegarantien zu gesetzlich festgelegten überhöhten Preisen.

Eine sichere Energieversorgung erfordert Reserven bei Erzeugung, Übertragung sowie Speicherung von Energie. Nur so können Vorkommnisse wie eine unerwartet hohe Produktion oder ein unerwartet geringer Verbrauch überbrückt werden. Dem Netzausbau und der Entwicklung von Speichertechniken ist daher hohe Priorität einzuräumen. Wir stehen zur Nutzung des Kraftwerks Moorburg. Nach jetzigem Forschungs- und Entwicklungsstand kann Versorgungssicherheit nur mit Hilfe konventioneller Energiequellen gewährleistet werden. Die optimale Nutzung des Kraftwerks Moorburg beinhaltet den Bau der Fernwärmetrasse Moorburg-Altona.

- Hamburg muss noch mehr als bisher Wissenschaftszentrum zu Energieeinsparung, -speicherung und -management werden
- Wir setzen im wirtschaftlich vertretbaren Rahmen auf energetische Gebäudesanierung des Bestands zur Senkung des Wärmebedarfs.
- Der Ausbau der Landstromanlagen an den Kreuzfahrtterminals sowie die Energieversorgung der Kreuzfahrtschiffe durch mobile LNG-Bargen sind voranzutreiben. Die Energieversorgung durch alternative Kraftstoffe ist auch auf Fracht- und Containerschiffe auszudehnen. Dabei muss die Schaffung der nötigen Infrastruktur bedarfsorientiert entsprechend den Entwicklungen in der Schifffahrtsbranche und nach ökonomischen Gesichtspunkten erfolgen.
- Bei der Energieversorgung durch neue Energieträger in der Schifffahrt ist ein städtisches Monopol zu vermeiden. Niedrige und marktgerechte Strompreise sind durch Wettbewerb und die Förderung privater Anbieter zu verwirklichen.
- Wir sprechen uns für ein flächendeckendes Konzept zur Umwandlung von Flüssiggas (LNG) und dessen Einspeisung in das Energienetz aus. Durch die Erschließung des LNG-Marktes wird Deutschland unabhängiger von der herkömmlichen Gasförderung. Der neue Energieträger fördert intensiveren Wettbewerb, der die Preise senkt und gleichzeitig die Versorgungssicherheit Deutschlands erhöht. Im Rahmen des Flüssiggas-Konzepts ist der Hamburger Hafen als Standort für ein LNG-Terminal zu favorisieren.

7. Innovative Medienpolitik für den Zukunftsstandort Hamburg

Die Digitalisierung schafft mehr Freiheit für mehr Menschen, nach ihren eigenen Bedürfnissen und Wünschen miteinander in Verbindung zu treten, sich zu beteiligen und kreativ zu betätigen. Die modernen Kommunikationstechnologien, die globale Vernetzung durch das Internet und der schnelle Austausch von Daten und Informationen eröffnen jedem Einzelnen bisher ungeahnte Möglichkeiten der Entfaltung. Hamburg als Medien- und IT-Standort ist führend bei der voranschreitenden Digitalisierung. Daher gilt es, die Veränderung für unsere Stadt zu nutzen und bestehenden wie neuen Unternehmen ein hervorragendes Umfeld zu bieten.

Wir wollen für Hamburg flächendeckend noch schnellere Internetzugänge erreichen. In wenigen Jahren werden sie wichtiger sein als gute Verkehrsanbindungen oder günstige Strompreise. Hamburg muss die Chance der Digitalisierung für die globale Vernetzung von Bürgern und Wirtschaft nutzen, um wettbewerbsfähiger und interessanter für Investoren und Unternehmen zu werden. Wir fordern daher, dass die Infrastruktur mit den Glasfaserkabeln in allen Hamburger Wohn- und Gewerbegebieten ausgebaut wird.

Konkret setzen wir uns ein

- für die Verbesserung der strukturellen Rahmenbedingungen über eine engere Vernetzung von Firmen, Hochschulen und der Hamburg Marketing statt für eine Einzelförderung von Unternehmen
- für das stärkere Engagement der Freien und Hansestadt Hamburg beim Ausbau der IT-Infrastruktur analog des Straßenbaus und des Hafens
- für den schnellen und mit Vorrang vorangetriebenen Ausbau von modernen Internet-Technologien wie VDSL, Glasfaser und LTE
- für den Ausbau von öffentlich und kostenlos zugänglichen WLAN-Hotspots in Behörden und bei privaten Anbietern
- für die Förderung weiterer Ansiedelungen von Ausbildungseinrichtungen und Studiengängen im digitalen Medienbereich
- für die Förderung erhöhter Medienkompetenz in allgemeinbildenden, beruflichen und akademischen Bildungseinrichtungen ebenso wie in der Erwachsenenbildung. Die Förderung sollte im Rahmen bereits bestehender Fächer und in Zusammenarbeit mit IT-Unternehmen geschehen.
- für freien Internetzugang und strikte Wahrung der Netzneutralität. Wir sind gegen Zensur und Vorratsdatenspeicherung auch durch Unternehmen.

- für die Verschlüsselung der Behördenkommunikation
- für Verfahren, bei denen öffentliche IT-Projekte einer Zeit- und Kostenplanung und –kontrolle unterworfen werden, wie sie auch für Bauprojekte gelten.

Unsere Demokratie lebt von der Medien- und Meinungsvielfalt in der analogen und digitalen Welt. In beiden Welten muss ein faires Miteinander von Printmedien und Rundfunk sichergestellt werden. Dies schließt auch eine gebührensубventionierte Marktverzerrung aus. Um Rundfunk und Presse gegenüber den Anbietern im Internet nicht zu benachteiligen, sind Modernisierungen des Medienkonzentrations- und Kartellrechts erforderlich.

Konkret heißt das:

- Wir fordern eine Überprüfung und Konkretisierung des Grundversorgungsauftrags des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Hierzu zählen unter anderem die Programmvietalt und die Spartenkanäle, das Telemedienangebot, Beteiligungen an Produktionsgesellschaften und anderen Unternehmen.
- Wir fordern ein Finanzierungsmodell, das sich am Grundversorgungsauftrag orientiert. Sparsamkeit im Umgang mit Gebührengeldern ist wichtige Voraussetzung für den öffentlichen Rundfunk.
- Zukünftig muss der Gebührenzahler nachvollziehen können, wofür er Beiträge entrichtet.
- Der öffentlich-rechtliche Rundfunk bedarf einer Verwaltungsreform mit klaren Kompetenzen. Die Beteiligungsgesellschaften sollen kritisch überprüft werden.
- Für einen modernen öffentlich-rechtlichen Rundfunk ist Barrierefreiheit in Zukunft eine Selbstverständlichkeit. Bürger mit beeinträchtigtem Hörvermögen sollen ebenfalls daran teilhaben können. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass mittelfristig alle Fernsehsendungen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks optional untertitelt und darüber hinaus mehr Fernsehsendungen mit einer Übersetzung in Gebärdensprache angeboten werden.
- Der Beitragsservice (ehem. GEZ) soll auf möglichst wenig Daten Zugriff haben.

8. Seriöse Finanzpolitik für ausgeglichene Haushalte – für ein besseres Hamburg

Unser zentrales Anliegen ist eine verantwortungsvolle Haushalts- und Finanzpolitik. Nur so können die nötigen Handlungsspielräume jetziger und zukünftiger Generationen gesichert werden. Mit einer Verschuldung von fast 24 Milliarden Euro im Kernhaushalt zuzüglich einer indirekten Verschuldung für zukünftige Verpflichtungen zur Instandsetzung von Infrastruktur sowie Pensionslasten von mehr als 25 Milliarden Euro, für die bislang keine entsprechende Vorsorge getroffen wurde, besteht dringender Handlungsbedarf. Daher haben wir aus der Opposition durchgesetzt, dass die Schuldenbremse in Hamburg eingeführt wurde und die Voraussetzungen geschaffen, spätestens ab 2019 auf neue Schulden zu verzichten und zukünftig Haushalte so aufzustellen, dass das strukturelle Defizit kontinuierlich abzubauen ist. Mit dieser verfassungsrechtlichen Regelung wird die Schuldenbremse gleichzeitig auch zu einer Ausgabenbremse. Denn Hamburg hat kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem, wie der trotz der historisch höchsten Steuereinnahmen immer noch verschuldete Haushalt belegt.

Die Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Konsolidierung der Hamburgischen Staatsfinanzen waren in den letzten vier Jahren günstig: Gut 10 Prozent höhere Steuereinnahmen seit Anfang 2011, die niedrigsten Refinanzierungskosten aller Zeiten für die Schulden der Stadt und Kostenübernahmen durch den Bund in dreistelliger Millionenhöhe entlasten Hamburg in einem beträchtlichen Maße. Die Freie und Hansestadt Hamburg hätte ihren Haushalt in den letzten vier Jahren aus eigener Kraft in Ordnung bringen können – im Gegensatz zu manchen anderen Bundesländern. Diese Chance wurde vom SPD-Senat in seiner Regierungszeit nicht genutzt. Und das, obwohl sich die hervorragenden Rahmenbedingungen auch schnell ändern können, wie an der weiter anhaltenden Schifffahrtskrise, der Risikoposition der HSH Nordbank und der Eurokrise sowie dem damit verbundenen stärksten Exportrückgang seit 2009 zu erkennen ist. Raus aus der Schuldenpolitik ist die finanzpolitische Leitlinie für eine nachhaltige Haushaltspolitik.

Wir wollen den Weg einer nachhaltigen Haushaltskonsolidierung und der konsequenten Reduzierung von Risiken gehen und nicht wie die SPD Wahlgewinne in Millionenhöhe verteilen. Daher haben der Abbau der Defizite der öffentlichen Haushalte und die Entschuldung der Stadt hat für uns höchste Priorität.

Konkret heißt das:

- Wir werden alle zusätzlichen Mehreinnahmen, die dem Hamburger Haushalt zufließen, oder strukturelle Einsparungen ausschließlich zur Reduzierung der Nettokreditaufnahme verwenden, um bereits zum Doppelhaushalt 2017/18 den Haushalt strukturell auszugleichen.
- Wir werden ab dem Doppelhaushalt 2017/18 mit dem Abbau der Altschulden beginnen, sodass Hamburg spätestens im Jahr 2050 schuldenfrei ist.

- Wir nehmen das Prinzip „pay as you go“ ernst und verstehen die Schuldenbremse als Ausgabenbremse, daher dürfen Ausgaben in der nächsten Legislaturperiode um nicht mehr als ein Prozent jährlich steigen. Darüber hinaus müssen notwendige Mehrausgaben durch Einsparungen an anderer Stelle vollständig finanziert werden.
- Wir werden nicht nur auf die Ausgabenentwicklung in Hamburg achten, sondern wir werden auch die Mehrausgaben in Milliardenhöhe zu Lasten kommender Generationen durch den Bund soweit wie möglich im Bundesrat verhindern.

8.1 Transparente Haushaltspolitik für Hamburg

Nur eine transparente Haushaltspolitik ermöglicht es, die richtigen Entscheidungen für die Zukunft zutreffen. Hierfür ist eine vollständige Beurteilung der tatsächlichen Situation unter Einbeziehung aller Unternehmensbeteiligungen sowie sonstiger Neben- und Schattenhaushalte notwendig.

Konkret heißt das:

- Wir werden alle Risiken, für die die Freie und Hansestadt Hamburg unmittelbar haftet, zukünftig transparent im Haushalt darstellen. Nur so ist es den Bürgerinnen und Bürgern möglich, die finanzielle Lage der Stadt vollständig zu beurteilen. Zu diesen Risiken gehören zum Beispiel riskante Beteiligungen an der HSH Nordbank, Hapag-Lloyd oder HHLA.
- Wir werden alle Beteiligungen der Freien und Hansestadt Hamburg an öffentlichen Unternehmen transparent und ausnahmslos auf den Prüfstand stellen und darlegen, ob sie zur Daseinsvorsorge oder aus strategischen Gründen zwingend erforderlich sind beziehungsweise ob aus ordnungspolitischen Gründen eine Privatisierung geboten erscheint. Des Weiteren dient eine solche Überprüfung auch der Darstellung der Risiken für den Hamburger Haushalt.
- Wir werden für die HSH Nordbank AG eine geordnete Ausstiegsstrategie entwickeln, welche den Steuerzahler möglichst wenig belastet. Weitere Staatsgarantien zur Stützung einer Staatsbank wird es mit uns nicht geben.
- Wir werden eine Risikovorsorge für steigende Kreditmarktzinsen einrichten, sodass es auch bei zukünftig steigenden Zinsen nicht zu einer zusätzlichen Belastung für den Haushalt kommt. So schlagen wir vor, dass Einsparungen bei den Zinsen einer Rücklage zugeführt werden, aus der Mehrausgaben für steigende Zinsen geleistet werden können.
- Wir werden für mehr Transparenz im Sponsoring der Stadt sorgen.

8.2 Steuerpolitik muss dem Standort Hamburg nutzen

Wir stehen dafür ein, die Belastung der Menschen und Unternehmen durch Steuern und Abgaben nicht zu erhöhen, sondern für einen fairen Ausgleich zu sorgen. Die steigende Steuer- und Abgabenlast in fast allen gesellschaftlichen Bereichen verhindert nicht nur Wachstum, sondern bestraft die Mitte der Gesellschaft. Ziel von uns Liberalen bleibt daher die Senkung der Steuer- und Abgabenbelastung der Bürger und Unternehmer, sodass sie auch zukünftig ihrer Verantwortung für die soziale Marktwirtschaft gerecht werden können.

Konkret heißt das:

- Wir werden uns für eine Überprüfung der Gebührenordnung mit dem Ziel einsetzen, dass Gebühren ausschließlich in der Höhe der Kosten erhoben werden, für deren Zweck sie eingeführt wurden.
- Wir werden uns für eine Senkung der Gewerbesteuerhebesätze in Hamburg einsetzen, denn die Einnahmen sollen nach der Finanzplanung des SPD-Senats bis 2018 auf über 2.200 Millionen Euro ansteigen, im Vergleich zu 2012 wäre das ein Plus von 521 Millionen Euro. Mit einer entsprechenden Senkung, die die Einnahmen für die Stadt konstant hält, würde der Haushalt nicht belastet, aber der Wirtschaftsstandort Hamburg im Wettbewerb mit dem Umland und anderen Metropolen gestärkt.
- Wir werden uns für die Abschaffung der Kultur- und Tourismustaxe einsetzen, denn diese hat nicht nur die Einnahmeerwartungen von SPD, CDU, Grünen und Linken nicht erfüllt, sondern ist durch ihre bürokratische Ausgestaltung eine enorme Belastung für das Beherbergungsgewerbe der Stadt.
- Wir werden uns auch weiterhin für den Abbau der kalten Progression einsetzen und die Ungerechtigkeit beseitigen, dass über die Hälfte einer Gehaltserhöhung dem Staat zufließt.
- Wir werden uns im Rahmen der Föderalismuskommission III für eine Stärkung des Hebesatzrechts für Gebietskörperschaften für Einkommen- und Körperschaftsteuer einsetzen. Denn die Länder müssen nicht nur für ihre Ausgaben, sondern auch für ihre Einnahmen Verantwortung übernehmen.

8.3 Nur ein schlanker Staat ist ein starker Staat – mit Subsidiarität, Deregulierung und Bürokratieabbau

Als wesentlichen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung sehen wir die Beschränkung der Aufgaben der Freien und Hansestadt Hamburg auf ihre Kernfunktion. Nur eine Stadt, die sich auf ihre wesentlichen Aufgaben konzentriert, kann diese auch ordentlich erfüllen. In der Wahrnehmung ist hierbei stets das Subsidiaritätsprinzip zu verfolgen. Im Grundsatz muss gelten: Die jeweils höhere Entscheidungsebene darf nur regeln, was die untere Ebene nicht besser regeln kann. Dies gilt insbesondere für die Aufgabenwahrnehmung von Fachbehörden und Bezirksverwaltungen. Dieser Grundsatz wurde in den letzten Jahrzehnten von Politik und Verwaltung kaum befolgt, was dazu geführt hat, dass die Hamburger Verwaltung für Bürger und Unternehmen immer undurchschaubarer wurde. Hier muss Hamburg umsteuern. Klare Kompetenzen und transparente Abläufe helfen nicht nur, Entscheidungsabläufe nachvollziehbar zu gestalten, sondern sparen auch unnötige Verwaltungskosten ein. Daher gilt es, mit einer grundlegenden und stetigen Aufgabenkritik alle Bereiche der öffentlichen Verwaltung zu deregulieren und effizienter zu gestalten. Im Vergleich mit anderen Bundesländern, insbesondere mit anderen Stadtstaaten, hat Hamburg deutlich mehr Verwaltungseinheiten, ohne dass erkennbar bessere Dienstleistungen erbracht werden.

Nicht nur die Größe der Verwaltung an sich ist ein Problem, auch die stetig steigende Anzahl an Gesetzen, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften erhöhen die Bürokratiekosten nicht nur zu Lasten von Bürgern und Unternehmen, sondern auch für die Verwaltung selbst. Daher muss in Hamburg das Thema Bürokratieabbau wieder zu einem zentralen Schwerpunkt der Senatspolitik werden.

Konkret heißt das:

- Wir werden die Anzahl der Verwaltungseinheiten auf allen Ebenen reduzieren, um die Verwaltung effizienter als bislang zu organisieren.
- Wir werden alle Aufgaben, die die Freie und Hansestadt Hamburg erfüllt, hinsichtlich ihrer Notwendigkeit und ihrer effizienten Erledigung sowie der Wahrung des Subsidiaritätsprinzips gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern überprüfen.
- Wir werden alle gesetzlichen Vorschriften und Verordnungen auf den Prüfstand stellen und evaluieren. Nur so kann sichergestellt werden, dass diese Regelungen auch tatsächlich ihren Zweck erfüllen. Darüber hinaus werden wir für neue Gesetze und Verordnungen grundsätzlich eine Evaluationspflicht sowie eine zeitliche Befristung vorsehen.
- Wir werden Genehmigungs- und Informationserfordernisse dort, wo es rechtlich möglich ist, durch Genehmigungsfiktionen ersetzen.
- Wir werden ein Programm "Sag Hamburg Deine Meinung" ins Leben rufen, über das die Bürgerinnen und Bürger ihre Ideen und Vorschläge, aber auch Beschwerden an die Stadt richten können.

8.4 Personalausgaben senken – Beamtenpensionen reformieren

Trotz mehrfacher Ankündigung des SPD-Senats zur Stellenstreichung in der öffentlichen Verwaltung ist bisher weder ein überprüfbares Personalabbaukonzept vorgelegt worden noch übernimmt die Finanzbehörde die Verantwortung für eine zentrale Steuerung. Allein seit Anfang 2011 stieg die Anzahl an Beschäftigten in der Verwaltung der Freien und Hansestadt Hamburg um über 2500, ohne dass mehr Aufgaben hinzugekommen sind. Ein steigender Personalbestand lässt nicht nur die heutigen Ausgaben weiter steigen, sondern belastet auch kommende Generationen durch höhere Pensionslasten.

Zur Einhaltung der Schuldenbremse sind Einsparungen bei den Personalausgaben unverzichtbar. Die Bürgerschaft sollte sich dabei weiterhin gegen betriebsbedingte Kündigungen aussprechen und die Hälfte der freiwerdenden Stellen mit qualifizierten Nachwuchskräften nachbesetzen, damit den Hamburger Bürgerinnen und Bürgern weiterhin ein leistungsfähiger öffentlicher Dienst zur Verfügung steht. Ein pauschalierter Personalabbau über alle Bereiche der Verwaltung ist nicht sinnvoll, jedoch müssen Ausnahmen vom Personalabbau gut begründet werden. Schonbereiche sind aus unserer Sicht die Schulen, Hochschulen, Bezirke, das Gerichtswesen und der Vollzugsdienst der Polizei sowie die Feuerwehr.

Konkret heißt das:

- Wir werden 500 freiwerdende Stellen (Vollzeitäquivalente) pro Jahr außerhalb der Schonbereiche abbauen. Hierfür werden wir ein zentrales Controlling für den Vollzug des Personalabbaus bei der Finanzbehörde einrichten.
- Wir werden die Rentenreformen auf das Pensionswesen der Beamten übertragen. Das heißt insbesondere die Einführung eines Nachhaltigkeits- beziehungsweise Demographiefaktors, auch sollen die Ausbildungszeiten analog zur Gesetzlichen Rentenversicherung geregelt werden. Damit wird den Beamten kein Sonderopfer abverlangt, sondern sie werden den Angestellten in der Versorgung gleichgestellt.
- Wir werden einen zukunftssicheren Versorgungsfonds für Hamburger Beamte einrichten, hierzu soll nach norwegischem Vorbild ein unabhängiger Versorgungsfonds mit professionellem Portfoliomanagement eingeführt werden. In diesen wird für jeden neu ernannten Beamten jährlich ein auf versicherungsmathematischer Grundlage errechneter Betrag für die zu erwartenden Pensions- und Beihilfeleistungen eingezahlt.
- Wir werden nur noch für hoheitliche Aufgaben im engeren Sinne Verbeamtungen durchführen. Zu diesen zählen insbesondere der Polizeidienst, die Feuerwehr, die Justiz sowie Teile der engeren Staatsverwaltung. Damit Hamburg im Wettbewerb um die Gewinnung von Nachwuchskräften keine Standortnachteile erleidet, werden wir uns beim Verzicht auf die Verbeamtung für länderübergreifende Lösungen einsetzen.

8.5 Hamburgs Interessen in der Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehungen durchsetzen

Spätestens Ende 2019 müssen die Bund-Länder-Finanzbeziehungen neu geordnet werden, sodass auch der politisch umstrittene Länderfinanzausgleich bis zu diesem Zeitpunkt neu zu regeln sein wird. Eine umfassende Reform der Finanzbeziehungen zwischen den Bundesländern auf der horizontalen und zwischen dem Bund und den Ländern auf der vertikalen Ebene ist somit nicht nur rechtlich geboten, sondern bietet zugleich eine große Chance, die schwerwiegenden Mängel des derzeitigen Systems zu beseitigen. Denn bislang bestehen für die Bundesländer zu geringe Anreize, ihre jeweiligen Wertschöpfungsquellen zu pflegen und auszubauen. Auch sind die Finanzströme selbst für Experten kaum noch durchschaubar und den Bürgern nicht vermittelbar. Ein Gesetz, welches diese aber wegen seiner Intransparenz nicht nachvollziehen kann, wird niemals auf ausreichende Akzeptanz stoßen. Daher gilt es, die Chance der neuen Föderalismuskommission zu nutzen.

Konkret heißt das:

- Wir setzen uns für ein Finanzsystem ein, welches eine stabile Steuerkraft der Länder ermöglicht.
- Wir wollen ein föderales Finanzsystem, welches an der regionalen Wertschöpfung anknüpft und Wachstumsanreize setzt. Investitionen in wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen und eine gute Infrastrukturausstattung müssen daher in den regionalen Gebietskörperschaften durch entsprechende Steuermehreinnahmen „belohnt“ werden. Dazu ist es für uns unabdingbar, dass zukünftig die Zerlegung der Lohn- und Einkommensteuer nicht ausschließlich am Wohnort, sondern mindestens hälftig vom Ort der Wertschöpfung bestimmt wird.
- Wir wollen die steuerliche Eigenverantwortung und Autonomie der Bundesländer stärken. Ein für uns wichtiger und folgerichtiger Ansatz ist daher die Ermöglichung eigener Hebesatzrechte der einzelnen Bundesländer bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer. Nur so würde zukünftig die Verantwortung über die Höhe der Ausgaben und Einnahmen auf einer Ebene liegen.
- Um die schädliche Politisierung der Ausgleichsbeziehungen zwischen den Bundesländern zu vermindern, sollte der Ausgleich von der horizontalen vollständig auf die vertikale Ebene zwischen Bund und Ländern verlagert werden, um eine klare Trennung von Wachstumsanreizen und Ausgleichsfunktionen zu erreichen. Die Kosten für die bundesweit bedeutende Infrastruktur – in Hamburg sind dies insbesondere die Kosten für den Ausbau und Unterhalt des Hafens – sowie der Ausgleich regionaler Sonderlasten in Folge von Strukturschwächen müssen durch einen vertikalen Strukturfonds finanziert werden. Dieser darf Ausgaben nur für solche Maßnahmen leisten, die das Potenzialwachstum in begründeter Erwartung dauerhaft ansteigen lassen. Ein solcher von Bund und Ländern finanzierter Fonds kann das im Grundgesetz verankerte Ziel, gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen, mit fairen regionalen Wettbewerbsbedingungen verknüpfen.

Der erforderliche Umbau des föderalen Finanzsystems hin zu mehr Anreiz- und Leistungsorientierung erfordert zwingend die Schaffung fairer Ausgangsbedingungen in den betroffenen Regionen. Wir werden uns daher für eine gesamtstaatliche Lösung des Altschuldenproblems einsetzen, welches die Verursacher aber nicht völlig aus der Verantwortung entlässt. Dazu sollten die Altschulden in einen gemeinsamen Fonds eingebracht werden, der vom Bund verwaltet wird. Dieser übernimmt die bestehenden Zinsverpflichtungen der Länder, diese wiederum verpflichten sich im Rahmen eines verbindlichen Abbauplans auf die Tilgung ihrer Verbindlichkeiten.

9. Hamburg entwickeln, mit funktionierender Verkehrs- und kluger Umweltpolitik

9.1 Stadt- und Quartiersentwicklung voranbringen

Wir orientieren Stadtentwicklung an den Grundsätzen der Sozialen Marktwirtschaft. Die stadtentwicklungspolitischen Potenziale Hamburgs liegen dabei außerhalb der Innenstadt und müssen deshalb noch stärker im Fokus stehen. Wenn es nach uns geht, muss ein stadtplanerisches Gesamtmodell für ganz Hamburg entwickelt werden, insbesondere, um die Konzentration sozialer Probleme in bestimmten Stadtteilen zu verhindern. Dieses Gesamtmodell soll zukünftig Grundlage für die Anpassung der einzelnen Fachplanungen sein und nicht mehr umgekehrt. Stadt- und Raumentwicklung brauchen dabei belastbare und passgenaue Netzwerk-, Management- und Verwaltungsstrukturen.

- Bei der Stadtplanung sind über die Landesgrenzen hinweg die Planungen und Entwicklungen in der Metropolregion zu berücksichtigen. Die grenznahen Kreise sind in besonderer Weise in die Überlegungen einzubeziehen.
- Im Hafen muss die Nutzung bestehender Flächenkapazitäten insbesondere für kleine und mittlere Hafenerbetriebe gewährleistet sein.
- Landwirtschaft und Naherholung sind für uns weitere wichtige Funktionen am Rande unseres Stadtstaates.
- Auch Kleingärten können als Wohnungsbaufächen gegen Bereitstellung entsprechender ortsnaher Ersatzflächen genutzt werden. Dabei muss die ökologische Funktion von Kleingartenflächen berücksichtigt werden.
- Das Hamburger Staatsrätemodell zur Flächenbewertung bei Ausgleichsmaßnahmen muss überarbeitet werden. Alle über eine im Verhältnis 1:1 hinausgehende Flächenkompensation ist abzulehnen. Stattdessen sollten ökologisch hochwertige Aufwertungsmaßnahmen zur Vernetzung von Lebensräumen oder Stärkung der biologischen Vielfalt gleichrangig als Ausgleich anerkannt werden.
- Die Nachverdichtung ist in Form von Ausbau von Dachgeschossen und maßvoll angepassten Hinterhofbebauungen zu verstärken.

Es geht uns in der Hamburger Stadtentwicklung um die innere Entwicklung der Stadt und Anbindung aller Stadtteile:

- Besonderes Augenmerk wollen wir auf die Stärkung der Entwicklung im Hamburger Süden ("Sprung über die Elbe") und im Osten (Rothenburgsort bis Billstedt) legen.
- Hamburgs Nebenzentren wie Altona, Wandsbek oder Harburg müssen in ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage gestärkt werden.
- Die Vier- und Marschlande sowie die Hamburg nahen Kulturlandschaften wie das Alte Land müssen in den besonderen Schutz aufgenommen werden.
- Neue Standorte für eine IBA 2 wollen wir prüfen und finden, zum Beispiel Rothenburgsort/Tiefstack, Mittlerer Landweg.
- Wir fordern den Deckel über die A 7 in voller Länge. Das beinhaltet insbesondere die Forderung nach einem 2.030m langen Deckel nördlich der S-Bahn bis zum ehemaligen Polizeischießplatz und eine Ergänzung - unter Wahrung des Gesundheitsschutzes vor Abgasen - nach Süden bis zur Behringstraße sowie eine zeitnahe Realisierung dieses Projekts in Bahrenfeld und Othmarschen.

Die Hamburger Stadtteilentwicklung muss sich verstärkt auf stadtteilübergreifende Projekte konzentrieren ("Grenzen überwinden"), um nachhaltig die Lebensqualität in allen Quartieren zu verbessern. Quartiere und Stadtteile wollen wir als „Orte mit Gesicht und Charakter“, die ihren Charme und ihre Attraktivität auf der Basis innerer Stärke und Toleranz sowie durch die Offenheit, Akzeptanz und Verbundenheit ihrer Menschen gewinnen. Wir setzen uns für eine behutsame Entwicklung in den einzelnen Stadtteilen ein, um deren Wert und Lebenswürdigkeit für die Bürger und die Stadt zu bewahren.

- Wir wollen die Zementierung von Strukturproblemen verhindern und stattdessen nachhaltig an der Überwindung von Ungleichgewichten in den Stadtteilen und Quartieren arbeiten.
- Monostrukturen in der Stadt und in den Stadtteilen wollen wir durch konsequente Förderung von Vielfalt und Abwechslung ablösen beziehungsweise verhindern.
- Wesentliches Ziel der weiteren Stadtentwicklung muss der Ausbau Hamburgs zu einer barrierefreien und fußgängergerechten Stadt werden.

Die Erhaltung des architektonischen Erbes Hamburgs ist ein kulturhistorisch bedeutsames Anliegen. Ein mit Bedacht vollzogener Denkmalschutz stellt sicher, dass das architektonische Erbe bewahrt und konserviert wird und städtebaulicher Wandel ermöglicht werden kann. Gerade die Unterschutzstellung vollständiger und großräumiger Ensembles erschwert wohnungsbaupolitisch notwendige Maßnahmen wie die Nachverdichtung. Bei der Unterschutzstellung neuer Denkmäler ist ein enger Abstimmungs- und Dialogprozess mit den jeweiligen Eigentümern zwingend erforderlich, da die Unterschutzstellung einen erheblichen Eingriff in die Eigentumsrechte darstellt. Bei Umbau und Sanierungsmaßnahmen an geschützten Denkmälern sind sowohl der bürokratische, zeitliche und der finanzielle Aufwand für den Eigentümer zu minimieren.

Durchsetzen wollen wir noch viel stärker als bisher:

- Flächenrecycling, -mobilisierung und minimaler Verbrauch
- Familienfreundlichkeit und generelle Barrierefreiheit sowie mehr Individualität und Flexibilität im Baurecht
- Klimaschutz und Stärkung zusammenhängender, ökologisch wertvoller Grünflächen und Grünzüge

Als liberalen Gegenentwurf zum starren Konzept der Integrierten Stadtteilentwicklung wollen wir auf die Stärkung des freiwilligen Engagements in der Quartiersentwicklung setzen. Es geht uns um eine lebenswerte, selbstorganisierte Stadt. Unter dem Motto „Wirken und Vernetzen in der Stadtentwicklung vor Ort“ setzen wir uns für die weitere Entwicklung geeigneter Beteiligungsstrukturen zur sozialen Stadtentwicklung und Integrationsförderung in möglichst vielen Gebieten ein.

- Dabei wollen wir die Schlüsselakteure aus Grundeigentümern, freien Trägern und der lokalen Wirtschaft berücksichtigen sowie tragfähige ehrenamtliche und dezentrale Strukturen der Interessenartikulation und Kooperation aufbauen.
- Über Stadtteilbudgets (Verfügungsfonds) sollen die Bewohner und weitere Stadtteilakteure über die Berücksichtigung von Projekten mitbestimmen sowie durch eigene und selbst bestimmte Bürgerbudgets (zum Beispiel als Stiftung) immer wieder neue Impulse möglich machen.
- Den Akteuren wollen wir helfen, Partnerschaften zur Entwicklung von erfolgreichen Projekten zu vereinbaren und im Interesse der Allgemeinheit zu betreiben, zu optimieren und zu verstetigen.
- Quartier für Quartier prüfen wir die Einrichtung eines verlässlichen Gebietsmanagements mit stabilen Budgets zur Sicherung und Weiterentwicklung kompetenter Netzwerk-, Kooperations- und Verbundstrukturen.
- Die in Stadtteilen für eine begrenzte Dauer geschaffenen Beiräte müssen sich danach ohne staatliche Förderung selbsttragend entwickeln können. Dafür ist bereits während der Förderdauer Sorge zu tragen.

- Bei allen Fragen der Stadt(teil)- und Quartiersentwicklungen fördern wir Lösungen, die Interessen, Talente und Expertise der Bewohner im Bezirk zur Geltung bringen.

9.2 Wohnraumversorgung sichern

Wir wollen der Mietpreisentwicklung begegnen, ohne die Wohn-, Wohnumfeld- und Nahversorgungsqualität zu vernachlässigen. Der Verkauf oder die Vergabe von Grundstücken sollen - orientiert am Gemeinwohl - immer an konkrete städtische Ziele gebunden werden. Dabei soll nicht grundsätzlich das „Höchstpreisgebot“ gelten. Vielmehr müssen mit Hilfe einer Konzeptausschreibung auch andere stadtentwicklungspolitische Kriterien bei der Vergabe berücksichtigt werden können. Diese Kriterien sind ständig zu evaluieren und fortzuentwickeln.

Konkret heißt das:

- Wir wollen ein ausgewogenes Angebot an Wohnraum bei Wohnungseigentum sowie privaten und öffentlich geförderten Mietwohnungsbau in lebenswerter Umgebung.
- Wir wollen bezahlbares Wohnen für alle Bürger und ein verträgliches Miteinander von Wohnen, Arbeiten und Freizeit.
- Wir wollen möglichst vielen mittelständischen und kleineren Investoren gute Chancen zum engagierten Wohnungsbau geben.
- Genossenschaften und Baugemeinschaften sind besonders geeignet, sozial verantwortlich und verträglich preiswerten Wohnraum zu schaffen.
- Zur Förderung der Investitionen in den Wohnungs- und Gewerbebau ist die Wiedereinführung einer degressiven Abschreibung (Afa) anzustreben. Um die Bildung sozialer Monostrukturen zu verhindern, soll bei Neubaugebieten darauf geachtet werden, dass eine vernünftige Mischung aus sozial gefördertem Wohnraum, frei finanzierten Mietwohnungen, Baugemeinschaften und klassischem Eigentum entwickelt wird.
- Als Ergänzung zum geförderten Wohnungsbau ist der Ankauf von Belegungsbindungen verstärkt ins Auge zu fassen, weil diese Option flexibler auf zeitlich variable Nachfrage reagieren kann.
- Gebädeförderung wollen wir durch Wohnungsförderung bei Sanierungen ersetzen.
- Wir fordern die Wiedereinführung der Stellplatzpflicht im Zusammenhang mit Wohnungsbau. Die gegebenenfalls eingenommene Stellplatzabgabe darf nur für die Schaffung von Parkraum (zum Beispiel in Parkhäusern) verwendet werden.
- Die Zweitwohnungsteuer wollen wir abschaffen.

- Eine Mietpreisbremse wird von uns abgelehnt, da sie den Wohnungsmarkt unflexibel macht, eine transparente Preisfindung erschwert und die für Neubau und Sanierung notwendigen Mittel verringert. So werden nicht mehr, sondern weniger Wohnungen gebaut. Die Mietpreisbremse ist aus unserer Sicht somit keine geeignete Strategie, um den Herausforderungen der Wohnungsknappheit in Hamburg zu begegnen.
- Die Zweckentfremdungsverordnung muss gestrichen werden.
- Die Umwandlung von Gewerbe- in Wohnraum und umgekehrt muss erleichtert werden.
- Standards bei der Modernisierung von Altbauten dürfen nicht weiter erhöht werden. Wärmedämmung muss effizient und umweltverträglich erfolgen. Einsparungen beim Energieverbrauch müssen die Investitionen bezahlbar machen.
- Wir lehnen soziale Erhaltungsverordnungen grundsätzlich ab.
- Entbürokratisierung des Genehmigungsprozesses zum Wohnen auf Hausbooten.
- Vergabe von Liegegenehmigungen über einen Zeitraum, der im angemessenen Verhältnis zu dem vom Hausbootbesitzer zu tragenden Erschließungskosten steht.
- Schaffung von Liegeplätzen im gesamten Staatsgebiet.

9.3 Verkehr muss für ein besseres Hamburg fließen können

Liberaler setzen sich für einen fairen Wettbewerb der Verkehrsträger ein. Wir wollen mehr Menschen dazu bewegen, vom Auto auf öffentliche Verkehrsmittel umzusteigen. Dies wollen wir aber nicht durch Schikanierung der Autofahrer, sondern durch gute Alternativangebote erreichen. Es gibt seit Jahren den erfreulichen Trend, dass die Fahrgastzahlen des ÖPNV in Hamburg steigen. Diesen wollen wir verstärken und deshalb das Schnellbahnsystem ausbauen. Bisher liegen nur radikale und sehr teure Konzepte vor: CDU/Grüne wollen ein gigantisches Stadtbahnsystem, die SPD eine völlig neue U-Bahn-Linie. Wir plädieren für einen durchdachten Ausbau des vorhandenen Schnellbahnnetzes.

9.4 Verkehrsmanagement modernisieren

Hamburg braucht eine intelligente Verkehrsführung durch Telematik (EDV-gestützte bedarfsabhängige Verkehrslenkung). Hamburg muss wie andere Städte mindestens auf den Hauptverkehrsstraßen Grüne Wellen einführen. Diese Anpassung der Ampeln an komplexen Straßenzügen wirkt sich positiv auf die Umwelt, den Kraftstoffverbrauch und die Gesundheit aus. Für Hamburg wird ein weisungsbefugtes Verkehrsmanagement eingeführt, das unter anderem

- die Koordination der Baustellenarbeiten vornimmt
- die Verkehrsbeeinflussung rechnergestützt ermöglicht
- die Ausarbeitung von Katastrophen- und Notfallplänen, deren Umsetzung und die Durchführung verkehrsregulierender Maßnahmen gewährleistet
- Abstimmungen mit dem Hamburger Verkehrsverbund (HVV) und den einzelnen Verkehrsunternehmen und im Falle von Notfällen auch die anzuwendenden Notfallmaßnahmen (hier zum Beispiel Sperrungen am Elbtunnel im Zuge der A 7) entwickelt, Ressourcen vorhält und Maßnahmen anordnet

Hamburg braucht ein wesentlich besseres Baustellenmanagement. Dazu gehört eine bessere personelle und technische Ausstattung der Koordinierungsstelle, die unter anderem die Simulation der Folgen geplanter Baustellen ermöglicht.

Zu einem besseren Baustellenmanagement gehört auch

- eine zügige Arbeit auf den Baustellen
- mehr Nacht- und Samstagsarbeit
- die Einführung eines Bonus-Malus-Systems: Vertragsstrafen bei Überziehung des Fertigstellungstermins, Prämien bei vorzeitiger Fertigstellung

Wir setzen uns für die gleichrangige Behandlung aller Verkehrsmittel ein. Wir möchten, dass man sein Ziel zu Fuß, mit dem Fahrrad, mit dem öffentlichen Nahverkehr und mit dem Motorrad oder PKW optimal erreichen kann.

- Wir wollen den Anteil des Autos am Verkehrsaufkommen verringern, und zwar durch Verbesserung anderer Angebote wie ÖPNV, Radwege oder Carsharing und nicht durch Drangsalierung der Autofahrer. Wir brauchen einen Ausbau an Park and Ride (P+R)-Stellplätzen, die zudem wieder kostenlos bereitgestellt werden müssen. Außerdem setzen wir uns für mehr Bike and Ride (B+R)-Stellplätze und die Erweiterung des StadtRAD-Angebots ein.
- Hamburg braucht eine Verbesserung des Hamburger Radwegesystems. Angesichts knapper Haushaltsmittel hat die Instandsetzung vorhandener Routen Vorrang vor umfangreichen Neubauten.
- Wir wollen zusätzliche Ladestationen für Elektrofahrzeuge schaffen. Straßenlaternen als Stromtankstellen sind eine günstigere Variante als konventionelle Stromtankstellen.
- Wir fordern den Ausbau der schiffbaren Wasserstraßen und Schleusen sowie ein energisches Eintreten des Senats für die Entwicklung der Binnenschifffahrt auf der Oberelbe, um Schienen und Straßen zu entlasten.

Wir wollen einen durchdachten Ausbau des vorhandenen Schnellbahnnetzes also, von S- und U-Bahn, Regionalbahnen und AKN. Wir halten einen weiteren schienengebundenen Verkehrsträger (Stadtbahn) für nicht effizient.

Wir setzen uns mit hoher Priorität für die Anbindung von Steilshoop, Jenfeld sowie Osdorfer Born und Lurup mit den Arenen im Volkspark in das bestehende Schnellbahnnetz ein. Eine weitere Haltestelle der U1 an der Johnsallee / Rotherbaum (Universität) soll geprüft werden. Wir wollen möglichst schnell eine Verbesserung des ÖPNV statt neuer und wahrscheinlich nicht realisierbarer Großprojekte wie der Stadtbahn und der U5.

Sobald diese prioritären Maßnahmen technisch und finanziell gesichert sind, soll eine nördliche Ost-West-Verbindung als Schnellbahntangente geplant werden. Dadurch können weitere Stadtteile eingebunden und die heute bereits stark frequentierten Strecken im innerstädtischen Bereich entlastet werden.

Wir setzen uns für einen schnellen Ausstieg aus dem kostenintensiven und wenig Zeitgewinn bringenden sogenannten Busbeschleunigungsprogramm ein. Unfallschwerpunkte müssen umgehend entschärft und gegebenenfalls zurückgebaut werden. Um die Busse wirklich konsequent zu beschleunigen, wird der Fahrkartenverkauf in den Bussen soweit wie möglich verringert.

Die Schnellbusse sollen durch Expressbusse ersetzt werden, die zum normalen HVV-Tarif nur große Zentren oder Umsteigehaltestellen anfahren. Damit können in Hamburg kostengünstig schnelle Querverbindungen zwischen den Verkehrsachsen entstehen.

Wir brauchen ein transparentes System zur Bestimmung der Tarife des HVV. Bisher wird der Finanzbedarf des HVV nach einem von diesem selbst bestimmten Indextarif errechnet, der sich nur auf allgemeine Statistiken wie die Preisentwicklung insgesamt oder die Entwicklung der Kraftstoffpreise stützt. Er richtet sich also nicht danach, wie sich die konkreten Kosten beim HVV entwickeln.

- Außerdem gibt es keinen Anreiz zu wirtschaftlichem Handeln, wenn die entstehenden Kosten immer in voller Höhe auf den Fahrpreis umgelegt werden können. Der HVV-Tarif muss vereinfacht werden. Die Einführung eines E-Tickets bietet hier eine große Chance. Hierbei muss der Datenschutz beachtet werden, es muss eine Prepaid-Variante geben.
- Die Fahrgastinformationen im HVV müssen vereinheitlicht und schnell an die Kunden weitergegeben werden.
- Livedaten von HVV-Fahrzeugen sollen im Internet frei verfügbar sein, auch für Software-Entwickler.
- Es soll die Möglichkeit eines durchgängigen Nachtbetriebs der U-Bahn-Linien von Donnerstagen auf Freitage überprüft werden.

- Wir fordern die Einführung eines Schülertickets zu den Konditionen des Semestertickets für Studierende.

Wir fordern für alle HVV-Kunden in Hamburg standardisiert eine Überdachung an allen Haltestellen in ganz Hamburg sowie die Installierung von digitalen Display-Infoflächen-Touchscreen mit QR-Codes zum digitalen Express-Fahrkartenkauf und für Fahrplaninfos.

Wir wollen eine Ausweitung des Gratis-Internet-Angebots auf allen Buslinien im HVV-Gebiet bis Ende 2015.

9.5 Verkehrssicherheit verbessern

Hamburg braucht ein entschiedenes Vorgehen gegen Verkehrsrowdies. Dazu gehören Autofahrer, die zu schnell fahren oder Kreuzungen blockieren, aber auch Radfahrer und Verkehrsteilnehmer, die bei Rot die Straße überqueren.

Der Sinn stationärer Überwachungsanlagen ("Blitzer") liegt darin, die Verkehrssicherheit zu erhöhen, es ist aber nicht ihr Zweck, zusätzliches Einkommen für die Stadt zu generieren. Aus diesem Grund sollen

- Blitzer zukünftig an Gefahrenstellen wie Kitas, Schulen und Seniorenheimen und nicht mehr an breiten Hauptstraßen aufgestellt werden
- die Platzierung von Blitzern zukünftig durch Warnschilder angezeigt werden, um die Autofahrer zum langsamen Fahren zu veranlassen

10. Gesunde Umwelt – Lebensgrundlage für ein besseres Hamburg

Der nachhaltige Umgang mit den vorhandenen Ressourcen, der Erhalt einer lebenswerten Umwelt und der Schutz von Natur und Landschaft sind die Eckpunkte einer liberalen Umweltpolitik. Dabei kann Hamburg nur unter Einbeziehung aller Bürger als Lebensraum gesichert und weiterentwickelt werden. Angesichts der zunehmenden Flächenkonkurrenz sind die unterschiedlichen Anforderungen von Mensch und Natur an den Lebensraum gerecht miteinander in Einklang zu bringen. Wir setzen uns dafür ein, dass Entwicklungshemmnisse vermieden werden, um den nachfolgenden Generationen eine lebenswerte Umwelt zu hinterlassen.

- Wir fordern als Hauptziele des Naturschutzes in Hamburg den Erhalt der biologischen Vielfalt und die Wiederherstellung eines vielfältigen Biotopverbunds. Dabei müssen wegen der Flächenknappheit besonders flächenschonende, aber hochwirksame Vernetzungs- und Aufwertungsmaßnahmen durchgeführt werden.
- Für Hamburgs Naturschutzgebiete fordern wir, nachhaltige

Bewirtschaftungskonzepte zu realisieren. Der Vertragsnaturschutz ist dabei zu bevorzugen.

- Das Instrument der Maßnahmenbevorratung (Ökokonto) muss in Hamburg verstärkt eingesetzt werden.
- Für Ausgleichsflächen sind vorrangig Flächen mit eingeschränkter Bewirtschaftungsmöglichkeit auszuwählen und diese entsprechend dem Naturschutzgesetz eingeschränkt zu bewirtschaften. Da 80 Prozent der 685 landwirtschaftlichen Betriebe Hamburgs in wassergeprägter Landschaft liegen, ist für die wirtschaftliche Zukunftssicherung der Betriebe eine Förderung durch das Programm der Optimierung der wasserwirtschaftlichen Infrastruktur lebensnotwendig.
- Die EU-Richtlinien zur Luftreinhaltung und zum Lärmschutz müssen vertragsgemäß umgesetzt werden.

10.1 Die FDP fordert, das Schutzgut Wasser ernst zu nehmen

Zu einer lebenswerten Umwelt gehören nach unserer Auffassung auch der Schutz und die Qualitätsverbesserung unserer Gewässer und der lebensnotwendigen Grundwasserleiter. Voraussetzung ist dabei, dass sich die politischen Anstrengungen auf folgende Punkte konzentrieren.

- Die europäischen Richtlinien zum Schutz der Oberflächengewässer und des Grundwassers (Wasserrahmenrichtlinie) sind zu beachten und die dort geforderten Qualitätsziele anzustreben.
- Der Hochwasserschutz ist zu gewährleisten. Auch ausreichende Vorkehrungen gegen Binnenhochwässer sind zu ergreifen. Dabei müssen zuerst alle staatlichen Maßnahmen ergriffen werden, bevor die Nutzbarkeit privater Grundstücke eingeschränkt wird.
- Es muss ein besseres Management zur Regulierung des Grundwasserspiegels sowie bessere Information der Bürger über dieses Problem geben.
- Zu verbessern ist die Zusammenarbeit mit den Umlandgemeinden bezogen auf die Trinkwasserversorgung.

Den öffentlichen und privaten Grünflächen kommt in einer so dicht besiedelten Stadt wie Hamburg eine essenzielle Bedeutung zu. Sie sind nicht nur Aufenthaltsräume für die Bewohner der Stadt, sondern auch Lebensraum für viele Tiere und Pflanzen. Deshalb fordern wir, dass diese Räume mehr in das Blickfeld der Politik rücken. Gemeinsam mit den Anwohnern ist eine nachhaltige Entwicklung für ein besseres Hamburg anzustoßen.

- Hamburgs öffentliche Räume müssen grüner werden. Pflasterwüsten können Grünanlagen weichen, Straßenbäume müssen erhalten beziehungsweise ersetzt werden. Gründächer sind insbesondere in dicht bebauten Lagen verstärkt anzuregen und anzustreben.

- Bestrebungen zum Regenwassermanagement sowie Maßnahmen zur Entsiegelung von Flächen sind zu verstärken.
- Für die Pflege von öffentlichen Grünflächen und Parks ist das zusätzliche Finanzierungsinstrument des Sponsorings ins Auge zu fassen.
- Wir fordern auch im Umweltbereich die Stärkung ehrenamtlichen Engagements. Beispiele wie Bach- und Beetpatenschaften zeigen, wie es gehen kann. Umweltbildung und Bürgerengagement sind deshalb weiter zu stärken.
- Viele Bürger in dieser Stadt bewegen sich beruflich oder in der Freizeit aktiv in der Natur. Dazu gehören neben Landwirten viele gesellschaftliche Gruppen wie Wassersportler, Jäger oder Angler. Ihr Beitrag zum Naturschutz in Hamburg ist nicht nur anzuerkennen, ihre Erfahrung und ihr Sachverstand sollten auch mehr als bisher genutzt werden.

10.2 Umweltschutz als Chance begreifen

Eine zukunftsorientierte Umweltpolitik ist nach unserer Ansicht eng verknüpft mit einer leistungsfähigen Forschung, Wirtschaft und Gesellschaft. Wir verstehen dabei Umweltschutz und Klimaforschung auch als Chance für Innovationen und Wertschöpfung, die zum Wohle aller Bürger für ein besseres Hamburg genutzt werden sollte.

- Wir fordern, dass der Hamburger Standortvorteil für Umwelttechnikbetriebe gesichert und ausgebaut wird (Forschung, Entwicklung, Fertigung). Noch weiter als bisher bereits geschehen, muss die Vernetzung zwischen Universitäten, Forschungseinrichtungen und Unternehmen vorangebracht werden.
- Die führende Rolle Hamburger Institutionen bei der Klimaforschung muss weiter unterstützt und ausgebaut werden. Erfahrungen der Klimafolgenforschung für langfristige Planungsprozesse in Hamburg müssen gezielt genutzt werden.
- Wir fordern eine europaweite, auf wissenschaftlichen Erkenntnissen basierende Klimaschutzpolitik.
- Wir setzen uns dafür ein, dass bestehende Recycling-Systeme ausgebaut und ergänzt werden. Dabei muss sichergestellt sein, dass auch privaten Anbietern ermöglicht wird, Sammelsysteme für Recyclinggüter einzurichten. In jedem Fall muss durch entsprechende Kontrollen verhindert werden, dass hochwertige Recyclinggüter in dunklen Kanälen oder gar in Ländern der Dritten Welt verschwinden. Dort ist eine umweltgerechte Aufarbeitung nicht gewährleistet. Derzeit sieht man illegale beziehungsweise nicht reguläre Sammlungen unmittelbar an den Zufahrtstraßen zu jedem Recyclinghof der Stadtreinigung.

11. Aktivierende Sozialpolitik für ein besseres Hamburg

In einer liberalen Bürgergesellschaft vertrauen wir auf Menschen, die in ihrer Familie, im Freundeskreis und der Nachbarschaft, in Vereinen und Verbänden, in Initiativen und Stiftungen Verantwortung für sich und die Gesellschaft übernehmen. Liberales Grundverständnis ist es, dass jeder Bürger selbst am besten weiß, was gut für ihn ist und dass jeder Fähigkeiten hat, die er in die Gesellschaft einbringen kann. Jeder Bürger muss die Chance zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in möglichst allen Bereichen erhalten. Wer sich selbst nicht helfen kann, dem hilft die Solidargemeinschaft. Selten ist diese Hilfe auf Dauer notwendig. Moderne Sozialpolitik eröffnet Möglichkeiten und Perspektiven für ein selbstständiges Dasein auch unter erschwerten Bedingungen. Die Grundbedürfnisse des Einzelnen sollen langfristig durch das Liberale Bürgergeld gedeckt werden, das auch Anreiz gibt, zusätzliches Geld für mehr Lebensqualität und eine bessere Alterssicherung zu verdienen.

11.1 Ehrenamtliches Engagement besser fördern

Bürgerschaftliches Engagement ist eine tragende Säule für eine freiheitliche Gesellschaft. Viele Vereine, Verbände, Initiativen, soziale Einrichtungen oder die Freiwillige Feuerwehr könnten ohne ehrenamtliches Engagement nicht funktionieren. Bürgerschaftliches Engagement hat in Hamburg einen großen Stellenwert. Rund ein Drittel der Hamburger Bürgerinnen und Bürger engagiert sich ehrenamtlich. Die Stärkung des Ehrenamts durch unterstützende Rahmenbedingungen ist aus liberaler Sicht deshalb eine wichtige politische Aufgabe. Wir fordern deshalb

- die noch stärkere Verankerung des Ehrenamts vor Ort mit dem Ziel, Bürger zu erreichen, die bisher unterrepräsentiert sind. Dazu gehören Senioren ebenso wie Hamburger mit Migrationshintergrund. Dies sollte durch eine Optimierung der Öffentlichkeitsarbeit und durch die Ausrichtung von Freiwilligenmessen in den einzelnen Bezirken beziehungsweise Stadtteilen erfolgen. So kann eine bessere Vernetzung von Freiwilligen und Interessierten mit Vereinen und Initiativen erreicht werden.
- die dauerhafte Förderung von Freiwilligenagenturen in den einzelnen Bezirken
- ebenso einen Internetauftritt, der die Öffentlichkeitsarbeit unterstützt
- die Einführung eines „Freiwilligen Jahrs Politik“ im Rahmen der bestehenden Jugendfreiwilligendienste
- die verstärkte Anerkennung und Anrechenbarkeit ehrenamtlicher Tätigkeiten von Schülern als außerschulische Lernleistung und von Studierenden als Ersatz zu Grundfertigungskursen, die sie im Rahmen ihres Studiums verpflichtend belegen müssen

11.2 Menschen mit Behinderung in den Mittelpunkt stellen

Teilhabe und Selbstbestimmung ist Leitbild liberaler Politik für Menschen mit Behinderung. Die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung stellt einen Meilenstein dar. Inklusion bedeutet für uns, jeden Menschen, ob mit oder ohne Behinderung als gleichberechtigtes Mitglied in der Mitte unserer Gesellschaft zu verstehen. Der Ausbau der Barrierefreiheit ist ein wesentlicher Faktor für den Schritt in eine inklusive Gesellschaft und gleichzeitig ein Erfordernis für eine mobile Gesellschaft vor dem Hintergrund der zunehmend alternden Gesellschaft. Um den Inklusionsgedanken mit Leben zu füllen und Menschen mit Behinderung gleichberechtigte Teilhabe zu ermöglichen, fordern wir

- die Umsetzung des Landesaktionsplans für Menschen mit Behinderung sowie die Ausgestaltung des geplanten Bundesteilhabegesetzes
- eine unabhängige Beratung im Fall von Fragen zur Inanspruchnahme des Persönlichen Budgets sowie die Vernetzung der einzelnen Leistungserbringer bei komplexen Leistungen zu unterstützen, um die Inanspruchnahme eines trägerübergreifenden Persönlichen Budgets zu fördern
- die vermehrte Verwendung von Leichter Sprache, insbesondere bei Kommunikation zwischen Verwaltung und Kunden mit Behinderung
- eine verstärkte Auswahl von barrierefreien Räumen für Wahllokale, um allen Bürgern den Besuch eines Wahllokals zu ermöglichen
- eine verstärkte Berücksichtigung der Barrierefreiheit für blinde und sehbehinderte Bürger bei städtebaulichen Projekten und öffentlichen Neubauten
- eine Erhöhung der Zahl der mit dem Förderprogramm der Hamburgischen Investitions- und Förderbank jährlich geförderten barrierearmen und barrierefreien Wohnungen im Neubau und im Bestand

11.3 Öffentliche Unterbringung: Wohnungslosen und Flüchtlingen helfen

Die öffentliche Unterbringung stellt eine große Herausforderung für die Stadt dar. Dabei sind zwei Aspekte von besonderer Bedeutung: Aufgrund der steigenden Flüchtlingszahlen seit Herbst 2012, des seit 2002 betriebenen Abbaus der Wohnunterkünfte und des gleichzeitig intensiven Betreibens von Wohnungsneubau besteht die Notwendigkeit, einen massiven Ausbau der Unterkunftsplätze für wohnungslose Menschen, Asylbewerber und Flüchtlinge zu betreiben und hierfür Flächen für Neubau von Unterkünften zu finden. Eine Weitervermittlung aus den öffentlichen Unterkünften in reguläre Wohnungen findet seit Jahren wegen des angespannten Wohnungsmarktes kaum statt.

Um diesen Problemen zu begegnen, fordern wir

- die Einführung eines Schlüssels zur gleichmäßigen Verteilung der Einrichtungen der öffentlichen Unterbringung über alle Stadtteile, denn die Unterbringung ist eine Aufgabe, für die ganz Hamburg Verantwortung trägt. Eine ausbalancierte Verteilung erleichtert die Integration der untergebrachten Personen in die Sozial- und Gesellschaftsstrukturen der Quartiere vor Ort.
- kleinteiligere Einrichtungen für die Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen
- die frühzeitige Einbindung und Anhörung der Anwohner vor Ort bei der Planung von neuen Unterkünften

- die Wohnraumvermittlung zu verbessern, indem Anwohner, Immobilieneigentümer und Multiplikatoren (zum Beispiel Stadtteilbeiräte) zur Unterstützung der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege und städtischen Institutionen verstärkt eingebunden werden
- den verstärkten Einsatz von Belegungsbindungen bei öffentlich gefördertem Wohnraum, damit Plätze in der öffentlichen Unterbringung durch Umzüge in regulären Wohnraum schneller frei werden
- die schnelle Durchführung von Asylverfahren
- die Aufhebung der Residenzpflicht

11.4 Senioren gehören in die Mitte der Gesellschaft

Viele ältere Bürger in Hamburg sind aktiv und gesellschaftlich gut eingebunden. Sie erbringen eine Vielzahl freiwilliger Leistungen in Familie, Nachbarschaft, Vereinen und Gemeinden und sind damit eine wesentliche Säule der Gesellschaft. Dennoch gibt es vielfältige Probleme, die vor allem älteren Mitbürgern die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben erschweren. Wir möchten diese Barrieren abbauen und jedem Menschen, ob jung oder alt, Selbstverwirklichung in Freiheit und Verantwortung ermöglichen. Konkret fordern wir

- bessere Zuverdienstmöglichkeiten für Senioren sowie ein flexibles Renteneintrittsalter zur besseren Nutzung des umfangreichen Wissens- und Erfahrungsschatzes bei der Bewältigung des Fachkräftemangels
- die Unterstützung von Mehrgenerationenhäusern
- verstärkte Barrierefreiheit von öffentlichen Einrichtungen, Kultureinrichtungen, Wahllokalen, des ÖPNV, Sporthallen sowie bei öffentlich gefördertem Wohnraum
- Ausbau der Informations- und Beratungsangebote für Senioren auf kommunaler Ebene, zum Beispiel bei der Ergreifung ehrenamtlicher Tätigkeiten
- die Unterstützung innovativer Wohnformen, die die Selbstständigkeit, die gegenseitige Hilfe sowie nachbarschaftsbezogenes, generationenübergreifendes Zusammenleben und die professionelle Betreuung miteinander verbinden

11.5 Integration in der weltoffenen Metropole

Hamburg ist eine weltoffene Stadt, Vielfalt ist Normalität. Fast jedes zweite Kind unter 15 Jahren hat einen Migrationshintergrund. Egal woher ein Mensch kommt, welchen Hintergrund er hat, er kann unsere Gesellschaft bereichern und hat ein Recht auf Teilhabe. Deshalb fordern wir

- ein Wahlrecht für die Bürgerschaftswahlen für alle EU-Bürger
- ein Wahlrecht bei den Bezirksversammlungswahlen für alle Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft, die nicht aus einem EU-Land stammen und sich mindestens 5 Jahre lang legal in Hamburg aufhalten
- dass fehlende Sprachkenntnisse bei der Behördenkommunikation berücksichtigt werden und diese in einfacher Sprache erfolgt
- dass ein frühzeitiger Zugang zum Arbeitsmarkt sowohl für Zugezogene als auch für Flüchtlinge ermöglicht wird,

- dass die Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse vereinfacht und beschleunigt wird
- dass Integrations Sprachkurse verstärkt angeboten werden
- dass gut ausgebildete Fachkräfte mit einem Punktesystem (wie zum Beispiel in Kanada) problemlos einwandern können

12. Sportentwicklung für ein besseres Hamburg

Sport hat in unserer Gesellschaft eine wichtige Funktion. Sportliche Betätigung ist ein zentraler Faktor in der Krankheitsvorbeugung, Sport wirkt integrativ und fördert Sozialkompetenz. Tausende ehrenamtlich Tätige leisten in den Vereinen und Verbänden einen unschätzbaren Beitrag für unser gesellschaftliches Miteinander.

Unsere Leistungssportler wirken für Hamburg identitätsstiftend und nehmen wichtige Vorbildfunktionen ein. Der Konsum von Leistungssport ist bedeutender Teil der Freizeitgestaltung der Bürger unserer Stadt. Nicht zuletzt ist der Sport ein wichtiger Wirtschaftsfaktor.

Wir setzen uns daher auch in Zukunft für die Förderung des Sports in unserer Stadt ein. Dies bedeutet im Einzelnen:

12.1 Vorausschauende Sportentwicklung mit allen Akteuren

Wir unterstützen die Dekadenstrategie Sport als gemeinsamen Sportentwicklungsplan des organisierten Sports, der Handelskammer sowie der zuständigen Behörde und setzt sich für ihre Umsetzung und Fortschreibung ein. Wir fordern die Einführung einer transparenten Darstellung der Maßnahmen der Dekadenstrategie in den Kennzahlen des Haushaltes. Wenn öffentliche Gelder fließen, muss Erfolg auch messbar sein.

12.2 Breitensport - Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts

Der Breitensport in Hamburg stellt für Hunderttausende Sporttreibende umfangreiche Bewegungsmöglichkeiten bereit und bildet damit das Rückgrat des Sports. Vor diesem Hintergrund fordern wir

- die Beibehaltung der Förderung des gemeinnützigen Sports durch kostenlose Sportstättennutzung, kostenlose Überlassung staatlicher Flächen für Vereinsbauten sowie die Grundförderung des Hamburger Sportbundes (HSB) und des Hamburger Fußballverbandes (HFV) durch den Sportfördervertrag

- die schnelle Umsetzung der zusätzlichen Förderung des gemeinnützigen Sports durch eine Beteiligung an den Einnahmen aus der Sportwettenabgabe zu mindestens einem Viertel. Eine Möglichkeit ist die Bildung eines Sportförderfonds, der beispielsweise für kleinere Maßnahmen der Vereine und die Förderung von Betriebssportgruppen kleiner und mittelständischer Betriebe Mittel bereitstellt.
- die Unterstützung der Kooperation von Vereinen und Ganztagschulen
- die Einwerbung von EU-Mitteln für die Sanierung von Sportstätten, Maßnahmen der zuständigen Behörde und der Vereine und Verbände mit zusätzlichen Mitteln zu flankieren
- die kulturelle Öffnung und Ausweitung von großen Sport-Fanfesten. Zur Fußball-EM 2016 sollen möglichst viele Gruppenspiele, und nicht nur diejenigen mit deutscher Beteiligung, auf der zentralen Fanmeile gezeigt werden. Dies ist nicht nur im Interesse der Fans anderer Fußballnationalmannschaften, sondern ein Gewinn für jeden Fußballfan.

12.3 Leistungssport - Hamburg als Metropole des Sports

Der Leistungssport in unserer Stadt inspiriert und begeistert die Hamburger und leistet einen großen Beitrag zur Bewegung unserer Stadt. Zahlreiche etablierte Veranstaltungen wie zum Beispiel der Hamburg-Marathon verbinden Leistungs- und Breitensport und ermöglichen sportliche Betätigung für jeden. Gleichzeitig werden die Marke „Hamburg“ gestärkt und zusätzliche Wertschöpfungseffekte durch Tourismus freigesetzt. Leistungssport und Breitensport stehen jeweils nicht für sich, sondern ergänzen sich. Wir fordern

- die Etablierung der „Hamburg Top Ten“ als Serie wiederkehrender Sportgroßveranstaltungen, die Leistungs- und Breitensport im sogenannten „Hamburger Format“ miteinander verbinden
- die Bewerbung um weitere Sportgroßveranstaltungen wie zum Beispiel der Ruderweltmeisterschaften 2019 oder das Internationale Deutsche Turnfest 2021
- die Stärkung des Kampfes gegen Doping und die Unterstützung der Nationalen Anti-Doping Agentur (NADA) durch Landesmittel wie ursprünglich vorgesehen
- eine transparentere Leistungssportförderung
- die weitere Etablierung der Hamburger Schwerpunktsportarten, um den Spartenverbänden Planungssicherheit zu geben. Gleichzeitig soll die Ausweitung der Schwerpunktförderung auf weitere Sportarten geprüft werden.

12.4 Olympische Spiele - Hamburg als Gastgeber für die ganze Welt

Die Ausrichtung der Olympischen Sommerspiele 2024 oder 2028 wäre eine riesige Chance für Hamburg. Die „Marke“ Hamburg würde enorm profitieren, notwendige Infrastrukturmaßnahmen können mit der Unterstützung externer Mittel umgesetzt und zusätzliche Wohnungen und Sportanlagen würden geschaffen werden. Nicht zuletzt wäre unsere Stadt Gastgeber des größten Sportfests der Welt.

Die vorliegende Bewerbung Hamburgs zeichnet sich aus durch

- eine sport-, zuschauer- und umweltfreundliche Durchführung der Spiele der kurzen Wege mitten in der Stadt
- die Nachhaltigkeit der Investitionen, insbesondere durch die Nachnutzung der Sportanlagen sowie die Schaffung zusätzlichen Wohnraums durch die Folgenutzung des Olympischen Dorfes

Wir unterstützen diesen Ansatz für eine deutsche Bewerbung um die Olympischen und Paralympischen Sommerspiele 2024 oder 2028 in Hamburg. Notwendig sind dafür

- die Zustimmung der Hamburger Bürgerinnen und Bürger in einem Referendum
- die Ergänzung der Bewerbung durch ein nachvollziehbares Finanzierungskonzept
- die Unterstützung der Bundesregierung durch eine angemessene Mitfinanzierung der Investitionen
- die Etablierung nachhaltiger Standards für die Ausschreibung Olympischer und Paralympischer Spiele der Zukunft
- die Abkehr vom "Gigantismus" bei der Ausrichtung der Spiele, sondern eine sinnvolle Einbindung in zeitgemäße Stadt- und Regionalentwicklungsprozesse vor Ort.
- die Berücksichtigung der Aspekte Nachhaltigkeit und Umweltschutz bei allen Maßnahmen, die städtebauliche Veränderungen erfordern

12.5 Sport und Stadtentwicklung - wohnortnahe Bewegungsmöglichkeiten sicherstellen

Vor dem Hintergrund der Flächenakquise für den Wohnungsbau sehen wir die Verdrängung und Zusammenlegung von Sportflächen aus gewachsenen Stadtteil- und Quartiersstrukturen kritisch. Wir fordern die Erarbeitung eines strategischen Gesamtkonzeptes „Sport in der

Quartiers- und Stadtteilentwicklung“, um die Entwicklung der Sportflächen in Hamburg besser in die Quartiers- und Stadtteilentwicklung einzubetten. Dieses Konzept soll insbesondere folgende Aspekte berücksichtigen:

- Orientierung des Sportflächenangebots am Bedarf, um wohnortnahe Angebote von Sportflächen flächendeckend zu gewährleisten
- Sicherung des derzeitigen Sportflächenbestandes, wie in der Dekadenstrategie Sport vorgesehen sowie des Flächenbestandes an öffentlich zugänglichen Kleinspielfeldern („Bolzplätzen“) als Bewegungs- und Treffpunkte der Jugend und Bereitstellung ortsnaher Ausgleichsflächen zur Kompensation bei unvermeidbar notwendigem Wegfall von Sportflächen
- Erfassung des derzeitigen Schulsportflächenbestandes
- Frühzeitige Einbeziehung der betroffenen Sportvereine, Schulen und Anwohner beziehungsweise weiterer Nutzer der Sportflächen sowie der jeweils betroffenen Bezirksverwaltungen und -versammlungen bei Verlagerungen von Sportflächen
- Im Rahmen der Inklusion die Bereitstellung mindestens einer barrierefreien Sporthalle in jedem Bezirk bis zum Ende der kommenden Legislaturperiode, um mittelfristig für alle Sportinteressierten ein wohnortnahes Angebot zu schaffen.
- Wir fordern darüber hinaus, den Erhalt dezentraler Sportanlagen grundsätzlich der Schaffung zentraler Sportparks vorzuziehen.

12.6 Gesundheit der Hamburger für ein besseres Hamburg befördern

Gesundheit ist ein kostbares Gut. Dieses muss der Staat schützen. Wir fordern, dass dies in Abstimmung mit allen Akteuren im Hamburger Gesundheitswesen geschieht. Es darf dabei nicht zu noch mehr Bürokratie kommen.

- Abschaffung der eigenständigen Behörde für Gesundheit. Die aus Proporzgründen geschaffene „Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz“ ist überflüssig, da fast alle wesentlichen gesundheitspolitischen Entscheidungen auf Bundesebene getroffen werden. Die „Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz“ soll deshalb wie zuvor bei der „Behörde für Arbeit und Soziales“ eingegliedert werden. Die von der SPD erzeugten Mehrkosten für den „Wasserkopf“ einer zusätzlichen Behördenleitung können so eingespart werden.
- Verbesserung von schulärztlichen Untersuchungen. Es muss sichergestellt sein, dass alle Hamburger Schüler ausreichend schul(zahn-)ärztlich untersucht werden. Die Gesundheitsämter sollen dafür in personeller und sachlicher Hinsicht bedarfsorientiert ausgestattet werden. Engpässen soll durch flexiblen Personalaustausch zwischen den Bezirken begegnet werden. Die Teilnahmepflicht dient dem Kindeswohl und kann gefährdende häusliche Situationen aufdecken.

- Psychotherapeutische Versorgung der Bevölkerung verbessern. Wir fordern eine Stärkung der niederschweligen psychosomatischen Grundversorgung im haus- und fachärztlichen Bereich zur Entlastung der Psychotherapeuten. Dies ist dringend erforderlich, um frühzeitig eine bessere Differenzierung zwischen leichten und schweren Erkrankungen zu ermöglichen und die Chronifizierung der Erkrankungen zu verhindern.
- Weiterhin fordern wir die Krankenkassen und die Selbstverwaltung der Hamburger Ärzte auf, eine Regelung zu treffen, um den dramatisch gestiegenen Bedarf an Psychotherapie außerhalb des bestehenden Budgets zu honorieren und qualitätssteigernde Strukturmaßnahmen zu ergreifen. Wenn Psychotherapie in höherem Maß erforderlich ist, darf der Behandlungsbedarf nicht auf Kosten der allgemeinen medizinischen Versorgung der Bürger gedeckt werden, wie es zurzeit der Fall ist. Dies bedeutet nicht, dass das Honorar für psychotherapeutische Leistungen nicht budgetiert sein soll. Solange die Budgets, wie es wünschenswert wäre, nicht abgeschafft sind, muss eine Budgetierung aus Gründen der Gleichbehandlung für alle Leistungsbereiche gelten.
- Wir wollen Ärzte und pflegerisches Personal in Bezug auf die Dokumentationspflicht entlasten, damit sie sich mehr um die Patienten kümmern können. Die Dokumentationspflicht ist auf die ärztlichen und pflegerischen Notwendigkeiten zu beschränken.
- Wir setzen uns dafür ein, dass diskriminierende Ausschlüsse von homosexuellen Männern bei der Blut- und Knochenmarkspende beendet werden.
- Wir fordern die Verstärkung der Maßnahmen zur Suchtprävention. Das gilt sowohl für legale wie illegale Drogen als auch für Spielsucht. Die Erhebung statistischer Daten zum Suchtverhalten der Hamburger Bevölkerung muss hierfür ausgedehnt und darf nicht nur auf Jugendliche beschränkt werden. Die Veröffentlichung dieser Daten muss transparent und vorbehaltlos stattfinden.
- Die Kürzung der institutionellen Förderung des „Deutschen Zentrums für Suchtfragen des Kindes- und Jugendalters“ (DZSKJ) am Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf (UKE) war aus unserer Sicht eine Fehlentscheidung. Dem DZSKJ soll wieder der volle institutionelle Zuschuss gewährt werden, um die vorherige Leistungsfähigkeit wiederherzustellen.
- Wir wollen die Metropolregion Hamburg als Medizinzentrum und Zentrum für Biowissenschaften weiter ausbauen. Hierzu gehört die Förderung einer Hochleistungsmedizin und verantwortungsvollen Gentechnik sowie der Forschung und Entwicklung im Bereich moderner medizinischer Diagnostik und Therapien, um Hamburg dadurch als überregionales Kompetenzzentrum zu stärken.
- In den Hamburger Krankenhäusern ist ein hoher Hygienestandard zu gewährleisten.

- Wir sprechen uns dafür aus, dass der Beruf der Hebamme auch in Zukunft freiberuflich ausgeübt werden kann. Eltern sollen auch in Zukunft die Wahlfreiheit haben, im Krankenhaus oder an anderen Orten unter der Betreuung einer freiberuflich tätigen Hebamme zu entbinden.
- Wir sehen das Cannabisverbot als gescheitert an und sehen die Legalisierung als Möglichkeit zur staatlichen Kontrolle. Die aus dem Verkauf eingenommenen Abgaben sollen der Drogenprävention zugutekommen.
- Die zentralen Notaufnahmen (ZNA) in den Hamburger Krankenhäusern sind chronisch überlastet. Gründe dafür sind ein Mangel an Hausärzten, lange Wartezeiten bei Fachärzten, aber oft auch fehlende Information der Patienten über mögliche Krankheitsbilder oder das Hausarztssystem. Darum setzen wir uns für eine Stärkung der hausärztlichen Versorgung und eine bessere Information der Patienten ein. Bei offensichtlichem Missbrauch der ZNA müssen Möglichkeiten einer Selbstbeteiligung geprüft werden.

13. Freiheits- und Bürgerrechte im liberalen Hamburg

13.1 Datenschutz durchsetzen

Datenschutz ist eines unserer zentralen Anliegen in Hamburg. Der gläserne Bürger darf weder für die Verwaltung noch für die Privatwirtschaft zur Realität werden. Wie die jüngsten Vorfälle gezeigt haben, sind diese Befürchtungen nicht unbegründet. Der Staat sammelt ebenso Daten wie Private und muss in deren Verarbeitung ebenfalls überwacht werden. Hierzu sind moderne Datenschutzgesetze und eine gute Ausstattung des Datenschutzbeauftragten notwendig, der sowohl die Verwaltung als auch in Hamburg ansässige Privatunternehmen kontrolliert.

Weder der Staat noch Private dürfen den Zuwachs an technischen Möglichkeiten nutzen, um in den Kernbereich der privaten Lebensgestaltung einzudringen. Daher müssen Kommunikationswege verschlüsselt, Kinder und Jugendliche im Umgang mit ihren Daten geschult und die Zugriffsmöglichkeiten begrenzt werden.

Dafür setzen wir uns in Hamburg ein:

- Wir fordern eine Evaluierung des Hamburgischen Datenschutzgesetzes. Gesetze müssen nicht nur anwenderfreundlich, sondern auch aktuell sein. Das bedeutet aber, dass sie laufend überprüft werden müssen. Das Hamburgische Datenschutzgesetz stammt aus dem Jahr 1990. Zwar wurde es bereits mehrmals ergänzt, jedoch fand bisher keine konkrete Evaluation dieses Gesetzes statt. Wir setzen uns daher dafür ein, die Wirkungsweise des Datenschutzgesetzes zu überprüfen und dieses gegebenenfalls zu ändern, um den Datenschutz in Hamburg zu verbessern.

- Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass der Hamburgische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit allen seinen gesetzlichen Verpflichtungen nachkommen kann. Dafür muss die personelle Ausstattung laufend überprüft und angepasst werden. Das neue Transparenzgesetz und die dadurch geschaffenen zusätzlichen Aufgaben erfordern eine zusätzliche Stellenausstattung.
- Die Bürger sind bezüglich des Umgangs mit ihren Daten und bezüglich ihrer Rechte auf freien Zugang zu allen behördlichen Informationen besser aufzuklären.
- Wir wollen keine flächendeckende Videoüberwachung, keine optische und akustische Wohnraumüberwachung, keine präventive Telefonüberwachung ohne konkreten Tatverdacht, keine Online-Durchsuchung von Computern und keine Vorratsdatenspeicherung ohne Anlass.
- Die Telefonanlagen der Behörden in Hamburg wurden und werden auf IP-Telefonie umgestellt. Dabei wurde bislang auf eine Verschlüsselung verzichtet. Wir fordern die Nachrüstung dieses Features, damit Telefongespräche von Bürgerinnen und Bürgern mit Behördenmitarbeitern sowie von Behördenmitarbeitern untereinander auch vertraulich bleiben.
- Bei Ausgabe von Smartcards und anderer Gegenstände durch Einrichtungen und Unternehmen der Stadt (zum Beispiel ePerso, Mitgliedskarten switchh, Schwimmclub Bäderland) sollen Bürger auf darin enthaltene RFID-Technik hingewiesen sowie über Schutzmöglichkeiten und gespeicherte Daten aufgeklärt werden.
- Den Einsatz von sogenannten Trackern und Plug-Ins, die das Surfverhalten der Nutzer auf hamburg.de und damit auch auf Webseiten von Behörden in Hamburg nachverfolgen, halten wir datenschutzrechtlich für bedenklich und lehnen ihn daher ab.
- Eine Bestandsdatenabfrage darf nur mit Richtervorbehalt erfolgen.

13.2 Aktive Justizpolitik für den starken Rechtsstaat

Gerichtsverfahren dauern in Hamburg häufig sehr lange. Besonders Verfahren, die sich über Jahre hinziehen, schaffen Rechtsunsicherheit und schaden allen Verfahrensbeteiligten. Deshalb setzen wir uns für eine Stärkung der Justiz und ihrer Funktionsfähigkeit ein.

Auch die sozialen Dienste der Justiz brauchen mehr politische Unterstützung: Resozialisierung beginnt bereits in den Justizvollzugsanstalten und muss von der Bewährungshilfe weitergeführt werden. Die bessere Verzahnung aller Akteure im Prozess der Resozialisierung ist auch für den Opferschutz von größter Bedeutung. Nur, wenn der „Drehtüreffekt“ hin zu erneuter Straffälligkeit verhindert werden kann, kann auch effektiver Opferschutz betrieben werden.

Zum unserem liberalen Weltbild gehört es, den unterschiedlichen Lebensentwürfen aller Bürger Freiraum zu schaffen. Kein Mensch darf wegen seiner sexuellen Orientierung beziehungsweise Identität diskriminiert werden. Wir sehen den weiteren Einsatz für die Rechte von Homo-, Trans- und Intersexuellen sowie Transgender als Aufgabe liberaler Gesellschaftspolitik an.

- Die Vorschläge und Empfehlungen aus dem Abschlussbericht der Fachkommission

zur Optimierung der ambulanten und stationären Resozialisierung müssen umgesetzt werden.

- Gesetze, mit Ausnahme von Verfahrensgesetzen, sind laufend zu überprüfen und zeitlich zu befristen.
- Wir sind dem Rechtsstaat verpflichtet und werden trotz knapper Mittel die Funktionsfähigkeit der Gerichte, der Staatsanwaltschaft und der Vollzugseinrichtungen sicherstellen.
- Gerichtsverfahren in Hamburg dauern zu oft zu lange (unter anderem wegen Personalnotstand beim Landgericht Hamburg und der Staatsanwaltschaft).
- Wir fordern die Evaluation des Stellenschlüssels bei der Staatsanwaltschaft.
- Der digitalen Rechtsverkehr muss weiter ausgebaut werden.
- Die Sozialen Dienste der Justiz müssen wieder bei der Justizbehörde angegliedert werden.
- Ein Landesresozialisierungsgesetz für Hamburg muss geschaffen werden.

13.3 Breite Bürgerbeteiligung und starke Bezirke

Die Menschen vor Ort sind für uns diejenigen, die ihre Stadtteile in Hamburg kennen und entwickeln können. Das Ziel unserer Politik ist es deshalb, die Strukturen in den Quartieren zu stärken. Dafür setzen wir - anders als alle anderen politischen Parteien - auf die Eigenständigkeit und Kompetenz der Bezirke. Das Prinzip der Subsidiarität ist uns wichtig: Wann immer ein Problem vor Ort gelöst werden kann, soll es dort auch gelöst werden. Wir wollen das unschätzbare Wissen der Menschen vor Ort nutzbar machen, weil Freiheit für uns Liberale bedeutet, dass die Menschen sich selbst einbringen, ohne vom Staat darin willkürlich gelenkt oder gar behindert zu werden.

Aus diesem Grund treten wir der Hamburger Senatspolitik entschieden entgegen: Zentralisierte Strukturen in der schlechten Tradition der Arroganz der Macht sind nicht unsere Gangart. Wir machen deshalb Vorschläge, wie bezirkliche Strukturen gestärkt werden können. Wir entwickeln Ideen, wie das Leben im Stadtteil verbessert werden kann. Und wir setzen uns dafür ein, dass von der Entwicklung alle profitieren.

13.4 Die Menschen vor Ort entscheiden

Die direkte Beteiligung der Bürger ist für uns ein wichtiges Element der Demokratie. Möglichkeiten, den Einfluss der Bürger durch ihre Wahlentscheidungen zu erhöhen, müssen konsequent genutzt werden. Konkret heißt das:

- Die Möglichkeiten direkter Demokratie in Hamburg haben sich grundsätzlich bewährt und deshalb setzen wir uns dafür ein, dass diese bewahrt werden.

- Wir fordern, dass der Bezirksamtsleiter demokratisch direkt von den Wahlberechtigten des Bezirks gewählt wird („Bezirksbürgermeister“).
- Bei Bürgerbegehren und Volksentscheiden streben wir eine Verbesserung der Verfahren an, die zu mehr Transparenz und Klarheit für die abstimmenden Bürger führt. Die Quoren für hamburgweite Volksentscheide müssen dabei in ihrer jetzigen Form erhalten bleiben. Die Einführung eines Beteiligungsquorums von 20 Prozent der Stimmberechtigten bei Bürgerentscheiden auf bezirklicher Ebene soll verhindern, dass sich eine lautstarke Minderheit über die Interessen der Mehrheit hinwegsetzt.
- Wir fordern, dass über die Mehrheitsentscheidung eines Bürgerentscheides nur die Bezirksversammlung entscheiden kann.
- Die Diskriminierung der Bürgerinnen und Bürger durch die Drei-Prozent-Hürde bei Kommunalwahlen muss auch in Hamburg fallen.
- Die Praktikabilität des Wahlrechts zu den Bezirksversammlungen und der Bürgerschaft ist aus unserer Sicht zu evaluieren. Die Zulassung zur Bezirkswahl und der am gleichen Tag stattfindenden Europawahl für EU-Bürger ist dringend zu harmonisieren.

13.5 Die Menschen vor Ort gestalten

Mehr Gestaltungsspielraum vor Ort für die Bedürfnisse in den Quartieren kann nur entstehen, wenn die Rahmenbedingungen dazu geschaffen werden. Wir setzen uns deshalb für eine optimierte Finanzhoheit der Bezirke ein. Die Bezirksversammlungen und -verwaltung müssen außerdem mit mehr Rechten und Pflichten ausgestattet werden und die Eingriffsmöglichkeiten des Senats in die Politik vor Ort gekürzt werden. Konkret heißt das:

- Wir treten für die staatliche Einheit der Stadt Hamburg ein. Wir streben deshalb die kommunale Selbstverwaltung für die Bezirke nach dem Vorbild von Berlin an. Die Bezirke müssen namentlich in der Verfassung erwähnt und ihre Kompetenzen dort geregelt werden.
- Als ersten Schritt der Erweiterung der Bezirkskompetenzen wollen wir einen Abbau von Doppelstrukturen in der Verwaltung und mehr Entscheidungsfreiheit der Bezirksversammlungen und der Bezirksverwaltung bei den ihnen zugewiesenen Budgets.
- Wir setzen uns für eine Einschränkung des Evokationsrechts des Senats auf wenige Ausnahmen und ein einklagbares Widerspruchsrecht der Bezirke ein.
- Wir fordern, dass eine Enquete-Kommission zur Klärung der Kompetenzen auf Landes- und Kommunalebene eingesetzt wird.
- Wir streben eine Verlagerung folgender Verantwortungsbereiche aus den Fachbehörden in die Bezirke unter Übertragung der dazugehörigen Haushaltsmittel und Personalstellen an: Stadtteilkultur, Untere Straßenverkehrsbehörde, Bezirklicher Ordnungsdienst, Öffentliche Grünpflege, dezentrale Sportstättenverwaltung.

- Wichtig für den Gestaltungsspielraum vor Ort ist eine auskömmliche Finanzierung der Bezirke, sodass wir uns für eine Ausweitung der Rahmen- gegenüber Zweckzuweisungen an die Bezirke einsetzen und einen Anteil von einem Prozent der im Bezirk gewonnenen Gewerbesteuererinnahmen als Verfügungsfonds für die Bezirksversammlung fordern.

Wir fordern für die Bezirksversammlungen

- die Beibehaltung der Einflussmöglichkeiten jeder Bezirksversammlung auf zentral bei einem einzelnen Bezirksamt konzentrierte Dienste
- die Stärkung der Rechte einzelner Bezirksabgeordneter
- die Einführung eines Fraktionsstatus ab zwei Mitgliedern einer Bezirksversammlung
- für jede Fraktion die Sicherstellung eines stimmberechtigten Mitglieds im Jugendhilfeausschuss des Bezirks sowie
- im Bezirksverwaltungsgesetz (BezVG) die Möglichkeit festzuschreiben, dass eine Fraktion in jedem Fall zubenannte Bürger anstelle von Abgeordneten als Mitglieder in Ausschüsse entsenden darf

14. Freiheit schützen mit mehr innerer Sicherheit

Wir setzen uns für eine freie und sichere Gesellschaft ein. Daher darf trotz Haushaltskonsolidierung der Stellenbestand bei Feuerwehr und Polizei nicht reduziert werden. Vielmehr sind beide Berufsbilder zu stärken und attraktiver zu gestalten. Neben der Effizienz von Feuerwehr und Katastrophenschutz hat auch der Rettungsdienst eine hohe Bedeutung vor Ort. Alle Bereiche müssen hohen Qualitätsstandards genügen. Da absehbar ist, dass der Rettungsdienst in Hamburg diese Erfordernisse in Zukunft durch das Staatsmonopol an sich nicht in ausreichender Qualität erbringen können, setzen wir uns für eine Aufhebung des Staatsmonopols des Rettungsdienstes und die Schaffung gesetzlicher Voraussetzungen für vielerorts bewährte Konzessions- Submissionsmodelle ein. Dabei ist die Erfüllung hoher Qualitätsstandards der Versorgung zu gewährleisten. Denn auch in diesem Bereich gilt die Zurückhaltungspflicht des Staates, wenn diese Aufgabe von zivilen Dienstleistern in Hamburg besser wahrgenommen werden kann.

- Stellen im Polizeivollzugsdienst garantieren und berufliche Rahmenbedingungen verbessern (Heilfürsorge unter anderem)
- Die Überprüfung der Polizeiorganisation mit dem Ziel, mehr Polizisten auf der Straße beim Bürger vor Ort und bei der Aufklärung von Straftaten einzusetzen.
- Konkretisierung der Ermächtigungsgrundlage in § 4 Abs. 2 PolDVG. Gefahrengebiete können nur mit Kammervorbehalt eingerichtet werden. Diese erlöschen nach einem festzulegenden Zeitraum automatisch, wenn sie nicht durch den Innensenator bestätigt werden.

- Verwaltungsvorschriften, die den Ablauf und die verfahrensmäßigen Vorgaben für die Ausweisung eines Gefahrengebietes allein dienstintern regeln, reichen jedenfalls für derart grundrechtsrelevante Entscheidungen mit erheblichen Auswirkungen für eine unbestimmte Anzahl an Betroffenen nicht aus.
- Keine Body-Cams für die Hamburger Polizei. Wir lehnen die Vornahme von Film-, Video- und Tonaufzeichnungen durch die Polizei zum Zwecke der Deeskalation und die Ausstattung der Schutzpolizei mit dafür geeigneten Geräten ab.
- Eine wirkungsvolle Prävention kann Straftaten verhüten. Kinder und Jugendliche müssen vor Straffälligkeit bewahrt werden.
- Als Erziehungshilfe schaffen wir die Möglichkeit, schwerdelinquente Jugendliche in geeigneten geschlossenen Einrichtungen unterzubringen. Dies kann in Kooperation mit anderen Bundesländern geschehen.
- Feuerwehr und Zivilschutz leisten einen wesentlichen Beitrag für die Sicherheit und Unversehrtheit der Bürger und sind vom Stellenabbau auszunehmen. Der Feuerwehrberuf ist zwecks Nachwuchsförderung attraktiver zu gestalten.
- Rettungsdienste privatisieren und Krankentransporte nicht reglementieren.
- Gesetzliche Hilfsfristen des Rettungsdienstes und der Feuerwehr müssen unter anderem durch eine entsprechende Standortpolitik gewährleistet werden.
- Wir fordern eine Budgetverantwortung für die Freiwilligen Feuerwehren sowie eine Entlastung der Feuerwehr von Brandschutz- und Kontrollaufgaben durch private Sachverständige.
- An der Außenalster soll die DLRG uneingeschränkt mit einer Station zugelassen werden.

15. Ein besseres Hamburg in Europa und der Welt

Eine weltoffene Metropole, das ist Hamburg und mit uns soll es auch weiterentwickelt werden. Ein besseres Hamburg muss sich aber auch seiner Bedeutung in der Region bewusst bleiben. Dazu gehören verstärkte Kooperationen mit den benachbarten Bundesländern, aber auch mit benachbarten Regionen innerhalb Nordeuropas, gerade an der Nord- und Ostseeküste. Diese Verantwortung und dieses Bewusstsein gilt es zu leben. Mit seinen Städtepartnern pflegt Hamburg einen konstruktiven Dialog. Innerhalb dieses Dialogs müssen aber auch unangenehme Themen angesprochen und diskutiert werden. Nur so kann Hamburg seiner Verantwortung gegenüber seinen Bürgern, aber auch gegenüber den Städtepartnern gerecht werden. Ebenso werden wir Entwicklungspolitik und den Ausbau der Beziehungen zu anderen Ländern und Regionen der Welt vorantreiben.

Daher fordern wir: Eine Vertiefung der internationalen Beziehungen, insbesondere hinsichtlich der bestehenden Städtepartnerschaften, wird angestrebt. Weitere Städtepartnerschaften dürfen auch in Zukunft nicht inflationär eingegangen werden und müssen auf langjährigen vitalen Beziehungen beruhen. Gerade auf wirtschaftlichem, kulturellem und dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit kann Hamburg seinen Einfluss in positiver Art und Weise geltend machen. Der faire und freie Handel als Entwicklungsmotor für bessere Lebensbedingungen der Menschen überall in der Welt hat hierbei eine Schlüsselrolle. Hamburg wird mit uns den Ruf als Fairtrade-Stadt verteidigen. Der respektvolle Dialog mit internationalen Partnern darf auch kritische Aspekte nicht aussparen und sollte auch in Bezug auf Themen, bei denen ein gemeinsames Verständnis auf absehbare Zeit eher unwahrscheinlich ist, aufrechterhalten werden.

Die Welt wächst immer mehr zusammen. Gerade in der Zusammenarbeit der Regionen in Europa muss Hamburg zügig voranschreiten, um weiterhin als Metropolregion und wichtiger Wirtschaftsstandort für den Norden wahrgenommen zu werden. Dafür bedarf es einer zügigen Realisierung einer festen Fehmarnbeltquerung nach Skandinavien bei entsprechender Anpassung des Hinterlandverkehrs. Davon profitiert die gesamte Metropolregion. Hamburg muss eine führende Rolle als Wissenschafts-, Kultur- und Wirtschaftsmetropole des Ostseeraums ausbauen. Hamburg muss seine Beziehungen und Kooperationen im Ostseeraum stärken. Darüber hinaus soll Hamburgs Vernetzung nach Lateinamerika, Ostasien und in den Mittelmeerraum weiter vorangetrieben werden. Das Hanse Office in Brüssel hat sich als gemeinsame Einrichtung mit Schleswig-Holstein bewährt. Zur Verstärkung der weiteren Zusammenarbeit der Nord-Staaten müssen aber noch weitere Synergien ausgelotet werden. Zudem muss Hamburg sich international noch mehr als Metropolregion positionieren. Bei internationalen Auftritten ist künftig auch das Umland mit einzubeziehen.

Wir fordern, bei den im Bundesrat durchgeführten europarechtlichen Subsidiaritätsprüfungen die Bürgerschaft noch frühzeitiger und umfassender als bisher einzubinden, zum Beispiel indem die geltende Achtwochenfrist auf zwölf Wochen ausgedehnt wird. Zur Stärkung der europäischen und globalen Ausrichtung Hamburgs sowie deren Verankerung bei allen Bürgern müssen die Aktivitäten beispielsweise im Rahmen der Europawoche kontinuierlich überprüft und neuen Herausforderungen angepasst werden. Der Hamburgische Rat für nachhaltige Entwicklungspolitik muss bezüglich seiner Aufgabenfelder weiterentwickelt und in den Meinungsprozess von Senat und Bürgerschaft als Expertengremium verstärkt einbezogen werden.

Weiterhin fordern wir:

- Wichtige Zukunftsprojekte, wie zum Beispiel umfassende Schul- oder Verwaltungsreformen, sollen ab sofort zwischen den Bundesländern koordiniert werden, um zueinander kompatible Lösungen zu finden.
- Wir fordern die durch den überhöhten Gewerbesteuersatz in Hamburg bestehenden Wettbewerbsverzerrungen zwischen Hamburg und dem Umland durch Absenkung des Hamburgischen Gewerbesteuersatzes zu verringern.

- Hamburg soll sich auf Bundes- und Europaebene eine starke Stimme verschaffen. Hierfür müssen die Interessen Hamburgs definiert, koordiniert und überparteilich nach außen vertreten werden.
- Hamburg muss sich auf allen Ebenen stark für einen Ausbau der Infrastruktur machen, welche der Rolle Hamburgs in Norddeutschland gerecht wird. Hierzu gehört eine rasche Lösung des immer noch bestehenden Anbindungsproblems und die Realisierung der Hafenuerspanne.